Elberfeld-Barmen. | Einzelpreis 40 ₰ | Samstag, den 17. Dezember 1921. | Nr. 295. 38. Jahrgang.

Erscheint täglich nachmittags, außer Sonntags.

Bezugspreis d. Boten monatl. 10 M.

Postscheckkonto: Köln 9928.
Bankkonto: Elberfelder Bankverein, Elberfeld.

Bei allen Ueberweisungen wird um genaue Angabe der Anzeigen- und Zeitungsnummern gebeten.

Freie Presse

Organ des werktätigen Volkes von Rheinland und Westfalen.

Anzeigenpreis: Für 1 Millimeter Höhe, 85 Millimeter breit, 80 ₰, Außerhalb des Verbreitungsbezirks 1 M. — Für Reklamen, 92 Millimeter breit, 3 Mark. — Preise freibleibend. — Anzeigenabschlüsse werden nur unter der Bedingung angenommen, daß für alle Anzeigen der zur Zeit der Aufnahme gültige Preis berechnet wird. — Anzeigen-Aufträge werden bis 6 Uhr abends erbeten.

Redaktion: Elberfeld, Robertstr. 8a. Fernsprecher 1041. — Hauptgeschäftsstelle: Elberfeld, Robertstr. 8. Fernsprecher 1411. — Nebengeschäftsstellen: Barmen, Ref. Kirchstr. 13—15, Fernsprecher 1194. Langerfeld, Barmerstr. 21, Remscheid, Schützenstraße 12. Velbert, Friedrichstr. 136. Fernsprecher 447.

Die Deutschmonarchisten sabotieren.

Stinnes, der starke Mann, will mit der Mißwirtschaft aufräumen. — Die Deutsche Volkspartei aber verweigert dem Staate die Einnahmen aus dem Besitz.

Wirth über den Zahlungsaufschub.

Aufnahme der deutschen Erklärung.

Aeußerste Zurückhaltung. — Die Lage Deutschlands soll geprüft werden. — Kein vernunftloser Nationalismus.

SPD. **Berlin**, 17. Dez. (Drahtb.) **Am Montag werden zwischen Briand und dem englischen Premierminister die entscheidenden Verhandlungen geführt, und es ist schon zu Beginn der nächsten Woche eine vorläufige Antwort der Alliierten zu erwarten. Auffällig ist, daß sowohl England als Frankreich erklären ließen, nicht von der Note überrascht worden zu sein, daß man sogar den Termin der Uebermittlung dieser Note und sogar die Summe, die Deutschland aufzubringen in der Lage ist, gekannt habe. Trotzdem aber hat sich niemand gefunden, der vorzeitig eventuelle Folgerungen angedeutet hat. Diese bewußte Besonnenheit läßt darauf schließen, daß man die Situation in Deutschland eingehend prüfen wird und nicht dem zu entsprechen gedenkt, was vernunftlose Chauvinisten auch heute noch gern erfüllt sehen möchten.**

Tagung des Reparationsausschusses.

Paris, 17. Dez. (Eig. Drahtbericht). Der Wiedergutmachungsausschuß ist bereits am Freitagnachmittag 4 Uhr zur Beratung der deutschen Note zusammengetreten. Die Liberté, die in enger Fühlung mit führenden Mitgliedern des genannten Ausschusses steht, äußert: Wenn der Ausschuß auf Grund seiner Berliner Eindrücke ein verschuldetes Versagen Deutschlands feststellt, so werden die verbündeten Regierungen davon in Kenntnis gesetzt werden, damit sie die im Vertrage erwähnten Sanktionen bestimmen können. Sollte der Wiedergutmachungsausschuß aber der Ansicht sein, daß Artikel 234 des Versailler Vertrages über die deutsche Zahlungsunfähigkeit anwendbar sei, so würde der Reichskanzler aufgefordert werden, präzise Beweise für die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands beizubringen. (Also auch hier eine Zurückhaltung, die im Vergleich zu der Haltung in vergangenen ernsten Situationen wesentlich für Deutschland spricht. Man hat innerhalb der Ententemächte gelernt, nicht allein politisch, sondern auch wirtschaftlich zu denken. Red.)

WTB. **London**, 17. Dez. (Drahtb.) Daily Mail berichtet: Briand werde Lloyd George in der bevorstehenden Zusammenkunft der Premierminister den Vorschlag unterbreiten, eine interalliierte Finanzkontrollkommission nach Deutschland zu entsenden. Diese Kommission werde das Amt von „gestellten Verwaltern" ausüben und die Wirtschaftslage Deutschlands genau untersuchen. Es verlautet, daß England fest entschlossen sei, an der Seite Frankreichs und Belgiens zu stehen und auf Erfüllung der deutschen Verpflichtungen dringe. Die Erörterung zwischen Briand, Lloyd George und einem belgischen Vertreter werde sich in der Hauptsache mit den Mitteln zur Erzwingung der Erfüllung der alliierten Forderungen befassen. **Man sei der Ansicht, daß eine Vereinbarung über ein Moratorium erst nach erfolgter Zahlung der Januar- und Februarraten erfolgen werde.**

Der Berliner Vertreter des Daily Expreß meldet seinem Blatt: „Deutschland habe sich bereits mit dem Gedanken einer Alliiertenkontrolle abgefunden."

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt: Das Angebot der deutschen Regierung, die bevorstehenden Reparationsraten nur zum Teil zu entrichten, sei als Versuch Deutschlands anzusehen, seine Verpflichtungen sobald wie möglich zu erfüllen, um eine Grundlage für weitere Verhandlungen zu schaffen.

Der Berichterstatter fährt fort: Da keine Vertreter Belgiens (?) an den in der nächsten Woche stattfindenden englisch-französischen Besprechungen teilnehmen werden, könnten und würden Lloyd George und Briand selbstverständlich nicht die genaue Art einer etwaigen Antwort der Entente an Berlin festsetzen. Die werde zweifelsohne in erster Linie von dem Bericht der Sachverständigen abhängen, die über die kritische Finanzlage Deutschlands und deren Ursachen, sowie über die künftige Wirtschaft und das Fortbestehen dieser Ursachen berichten werden. Die allgemein verbreitete Ansicht, daß der Fehlbetrag aus der Goldreserve der Reichsbank entnommen werden könnte, sei ein Trugschluß. Der unmittelbare Erfolg einer weiteren Abschöpfung der Golddecke der Reichsbank werde eine weitere Entwertung der Mark sein. Eine Alliiertenhypothek auf diese Goldreserven sei eine andere Frage, die bereits früher untersucht worden sei, als die Entente die Ueberführung der Goldreserven der Reichsbank in das besetzte Gebiet und ihre Stellung unter Kontrolle der Alliierten forderte. Die Betrachtung sei jedoch für die deutsche Wirtschaft und somit für die Gläubiger Deutschlands ungünstig gewesen. Es werde notwendig sein, **daß in London nächste Woche oder auf der darauffolgenden Zusammenkunft des Obersten Rates oder auf einer andern Konferenz der Welt oder Europas diese Probleme erörtert werden.**

Die Ministerpräsidenten haben das Wort.

England besteht auf Ratifizierung des Finanzabkommens.

London, 16. Dez. (Priv.-Telegr.) **Die englische Regierung läßt durch das halbamtliche Reuterbureau folgendes feststellen: Gegenüber den in der französischen Presse erschienenen Informationen, wonach England bereit sei, das Finanzabkommen vom 13. August zugunsten Frankreichs einer Revision zu unterziehen, sei festgestellt, daß die britische Regierung nicht daran denkt, ihre Haltung zu ändern. England ist auch weiterhin der Ansicht, daß das Finanzabkommen durch die französische Regierung ratifiziert werden müsse.**

Die letzten Besprechungen haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die belgische Regierung in keinem Falle geneigt ist, ihr Prioritätsrecht auf einen Teil der von Deutschland am 31. August bezahlten 1. Goldmilliarde aufzugeben und daß England ebensowenig geneigt ist, auf den ihm zuerkannten Anteil, der dazu dienen soll, die schweren Lasten des Unterhaltes seiner Besatzungsarmee zu lindern, Verzicht zu leisten. Wir glauben, daß ein neuerlicher Zusammentritt des Finanzkomitees des britischen Kabinetts zur Prüfung der deutschen Reparationsfrage nicht bestimmt wurde. Man hält es vielmehr für wahrscheinlich, daß jede Aktivität nach dieser Richtung unterbleibt, bis sich die Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs demnächst begegnen.

Der Sturz der Regierung bedeutet Scheitern der Revisionsaktion.

Das gewissenlose Treiben der Deutschmonarchisten.

St. **Berlin**, 17. Dez. (Drahtber.) Bei Beurteilung der Stimmung in England und besonders in Frankreich ist immer noch denkbar, daß die Reparationskommission Deutschland auf Grund der Note vom 14. Dezember für einen böswilligen Schuldner erklärte, und daß dann die Entente mit der Anwendung von Gewaltmitteln drohte, denen gegenüber die Hergabe von 300 Millionen baren Goldes immer noch das kleinere Uebel wäre. Aber wenn dieser Fall auch noch theoretisch denkbar ist, so hegt die Regierung doch auf Grund der Erkundigungen, die sie in London eingezogen hat, die feste Zuversicht, daß er nicht praktisch werden wird.

Wird er aber nicht praktisch, **dann ist ein offenbarer Erfolg der sogenannten Erfüllungspolitik gegeben.** Im Mai d. J. hätte ein ähnliches Verhalten Deutschlands noch zwangsläufig die Besetzung des Ruhrreviers und ein Vorgehen der Entente mit allen ihren militärischen und wirtschaftlichen Machtmitteln zur Folge gehabt. **Der Zweck der Erfüllungspolitik war und ist die Frage der Revision der Finanzbedingungen solange zu vertagen, bis eine günstige Atmosphäre für sie in der Welt vorhanden ist. Ein Erfolg ist also schon da, wenn das Nichtbezahlen der ganzen, im Januar und Februar fällig werdenden Summen keine Zwangsmaßregeln zur Folge hat, also ein Moratorium erreicht wird. Dieser Erfolg würde groß und entscheidend werden, wenn es jetzt schon gelänge, die Revisionsfrage in ihrer Gesamtheit aufzurollen, und eine bessere Regelung der finanziellen Fragen zu erzielen.**

Die deutsche Regierung befindet sich also im **Zug einer großen, außenpolitischen Aktion, und es läßt sich schlechthin nichts Verderblicheres denken, als einen Versuch, diese Aktion von innen heraus zu durchbrechen und die Regierung vor der Entscheidung zum Fall zu bringen.**

Dieser Versuch wird aber jetzt von den Deutschnationalen offen und von der Deutschen Volkspartei versteckt unternommen. Die Deutschnationalen treiben ein gewissenloses Spiel, wenn sie wider besseres Wissen von **einem Bankerott der Erfüllungspolitik sprechen.** Viel näher läge es, **von einem Bankerott ihrer eigenen Bankerottpolitik zu reden,** denn wenn es gelingt, eine Revision des Londoner Finanzdiktates zu erzielen, ja, wenn es einstweilen auch nur gelingt, einen Zahlungsaufschub zu erwirken, **dann ist ganz klar erwiesen, daß es richtig war, das Ultimatum der Entente vom 5. Mai d. J. anzunehmen, und daß die entgegengesetzten Ratschläge der Rechten Deutschland in eine Katastrophe hineingeführt hätten, die durch die Politik der Regierung vermieden worden ist.**

Die Deutschnationalen sehen in Wirklichkeit **keinen Mißerfolg der Regierung, sondern sie fürchten vielmehr ihren Erfolg und möchten sie daher gerne stürzen,** bevor dieser Erfolg erreicht ist. Der Sturz der Regierung im gegenwärtigen Augenblick würde aber das Scheitern ihrer Aktion und damit ein großes Unglück für das deutsche Volk bedeuten.

(Nach vorliegenden Pressestimmen aus Berlin scheint die Deutsche Volkspartei die gewissenlose und unverantwortliche Sabotage der Deutschmonarchisten im geheimen zu unterstützen. In anderen Kreisen der Deutschen Volkspartei scheint man aber dazu noch merkwürdigerweise gerade jetzt auf den Gedanken verfallen zu sein, **das Problem der großen Koalition im Reiche wieder aufzurollen.** Wir haben schon bereits betont, daß der Zeitpunkt nie ungünstiger gewählt werden konnte. Nebenbei bemerkt, sind die besonderen Bedingungen der Sozialdemokratie, und daß sind steuerliche Forderungen, genügend bekannt. Die Taktik unserer Partei muß sich immer wieder danach richten, alle Umstände geschickt zu benutzen, die dem Staate und der Allgemeinheit Vorteile versprechen. Desbalb unsere bekannte Haltung in der Koalitionsfrage, als von der Industrie Kredite geboten wurden. Im Brennpunkt unserer Politik steht noch heute strenge Durchführung der Erfüllungspolitik. Wenn aber jetzt die Erfüllungspolitik irgendwie gehemmt wird, dann setzt man alles aufs Spiel. Sicherlich wäre dann eine sachliche Besprechung des ganzen Reparationsproblems, die wir ja erreichen wollen, unmöglich. Daraus ergibt sich die gegenwärtige Haltung der Sozialdemokratie von selbst. Solange die Deutsche Volkspartei im Verdacht steht, die Erfüllungs- und Revisionspolitik zu sabotieren, ist die große Koalition im Reiche von vornherein ausgeschlossen. Red.)

SPD. **Berlin**, 17. Dez. (Drahtbericht.) Der Vorwärts beschäftigt sich in seiner heutigen Morgenausgabe mit der Frage: **„Parteitaktik oder Vaterland"** und zeigt, wie die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei im Augenblick wieder einmal ihre **Verantwortungslosigkeit beweisen.** Unser Zentralorgan geißelt das Bestreben der rechtsgerichteten Kreise, die Regierung zu Fall zu bringen, und schreibt u. a.:

„Das Verhalten der Deutschen Volkspartei wäre geradezu unverständlich, wenn man nicht eben wüßte, daß ein Herr Stinnes hinter ihr steht. Wir wollen die Indiskretionen nicht fortsetzen, in denen sich wieder einmal ein Teil der Berliner Presse gefällt, wenn sie über die vertraulichen Beratungen im Auswärtigen Ausschuß allerlei interessante Berichte mitteilt. Hier mag aber gesagt sein: Herr Stinnes, **der gewiß ein ungewöhnlich kluger und erfolgreicher Kaufmann ist, zeigt sich in der Politik als Dilettant ... Uns ist aber die Entscheidung über das Schicksal Deutschlands zu wichtig, als daß wir auch nur die geringste Rücksicht nehmen können auf die wechselnden taktischen Einfälle des Herrn Stinnes, dem die Deutsche Volkspartei willenlos folgt.**

Die Einfälle des Kohlenkönigs selbst werden in dem neuen volksparteilichen Organ Die Zeit präzisiert. Danach will Stinnes, jener Mann, der Deutschland in Spa so jämmerlich diskreditierte, als Voraussetzung einer für uns günstigeren oder erträglicheren Regierungspolitik einen fest orientierten außenpolitischen Kurs und eine auf breiter Basis sicher aufgebaute Regierung, die mit der Mißwirtschaft im Innern aufräumt. Herr Stinnes will angeblich, daß Männer die Verhandlungen leiten, **die auch im Auslande Kredit haben und deren Unterschrift als voll gilt.** Stinnes scheint zu glauben, daß **sein Name mehr wert ist als der Dr. Rathenaus,** der bekanntlich über die Kreditaktion verhandelte. Hoffentlich wird ihn das Ausland von dieser Einbildung bald heilen. Wie naiv die Forderungen des Volksparteilers Stinnes sind, bezeigt die Tatsache, daß hier ein Mann von einer Mißwirtschaft im Innern redet, dessen Fraktion sich wenig aufrichtig bemüht, durch Sabotage der Besitzsteuern der Regierung die notwendigen Einnahmen vorzuenthalten.

Berlin, 17. Dez. (Privatmeldung.) Die Vossische Zeitung will wissen, daß der Wiedereintritt Rathenaus in die Regierung sicher und sehr nahe bevorstehend sei.

Die Reparationsfrage im Auswärtigen Ausschuß.

Berlin, 17. Dez. (Eig. Drahtber.) Das Reparationsproblem wird vor seiner Erörterung durch die englische und französische Regierung vom Deutschen Reichstag nicht besprochen werden. Lediglich im Auswärtigen Ausschuß gab der Reichskanzler über den jetzigen Stand der Angelegenheit vertrauliche Auskunft, über die der Ausschuß sofort in die Debatte eintrat und die am Samstag weiter fortgesetzt wird. Es ist zu erwarten, daß außer den maßgebenden Parteiführern auch Stinnes reden wird.

Die Anklagerede des Oberreichsanwalts.

SPD. **Leipzig**, 17. Dez. (Drahtbericht.) Nach eintägiger Pause begannen die Verhandlungen gegen Jagow, Wangenheim und Schiele am Freitag aufs neue. In Erwartung der Anklagerede des Oberreichsanwalts war der Zuhörerraum wieder sehr stark besetzt, trotz der Schwierigkeiten, die der Erreichung von Eintrittskarten entgegenstanden.

Bevor die Plädoyers beginnen, werden noch einige Schreiben verlesen, die eine Korrektur von Zeugenaussagen darstellen. General v. Hülsen telegraphiert, daß nicht Ludendorff, sondern er selbst mit Lüttwitz im Auto gefahren sei, dem ein anderes Auto mit Dominicus, Südekum und Oeser folgte. Die bestimmte Aussage Südekums, daß Ludendorff mit Lüttwitz gefahren sei, sei irrtümlich. Auch Traub meldet sich noch einmal. Erst aus den Zeitungen hat er ersehen, welche Wirkung seine klaglichen Ausflüchte vor dem Gericht hatten. Er hält es deshalb für nötig — ob aus eigenem Antrieb oder ob ihm Freunde dazu rieten, bleibt unentschieden —, dem Gericht zu sagen, daß seine Bemerkung: **„Wir waren ja alle mitbeteiligt"**, falsch verstanden worden sei. Er leugnet jetzt seine aktive Beteiligung, aber nicht ebensowenig diejenige der Angeklagten.

Sodann beginnt der Oberreichsanwalt Ebermeyer seine Anklagerede mit einer kurzen juristischen Betrachtung über die Frage, ob der § 81 Absatz 2 des Strafgesetzbuches, „der von einem gewaltsamen Vorgehen zur Aenderung der Verfassung" spricht, überhaupt noch zu Recht bestehe. Er bejaht diese Frage, die schon in anderen hochverräterischen Prozessen entschieden worden sei. Die Angeklagten sind beschuldigt, sich als Mittäter an einem Unternehmen zur gewaltsamen Aenderung der Verfassung beteiligt zu haben. **Mit erfreulicher Frische zerriß der Oberreichsanwalt in seiner zweistündigen Anklagerede das Schutznetz juristischer Zwirnsfäden, das von den Angeklagten und ihren Verteidigern um sie geflochten worden war.** Die Angeklagten waren sich des hochverräterischen Charakters ihres Unternehmens bewußt. Und mit schneidender Klarheit zählt der Ankläger die Tatsachen auf, die seine Angaben beweisen. Er weist daauf hin, daß Kapp und Oberst Bauer schon im November 1919 die Nationalversammlung gewaltsam zu stürzen versuchten, daß **lange vor dem März Kapps Angebot an Jagow erfolgte,** in sein Ministerium einzutreten. Er erinnert an das gleiche Angebot an Schiele und Wangenheim, an das Zusammentreffen am Brandenburger Tor um 6 Uhr morgens. Daß die Herrschaften einen schönen Morgenspaziergang hätten machen wollen, sei doch kaum anzunehmen. Er erinnert ferner an die gemeinsamen Beratungen in der Reichskanzlei, an die Aktivität der Angeklagten bis in die letzte Stunde des Amnestiegewährens hinein. All dieses sind Belege für die Schuld und das Schuldbewußtsein der Angeklagten. Die bei Schiele gefundenen Briefe Kapps und die beschlagnahmten Papiere Schnitzlers liefern ein ähnliches Beweismaterial. Kapp, der sich in Sicherheit befindet, **lehnt es ab, den falschen Anschein der Verfassungstreue zu erwecken.** Es wäre ihm persönlich viel sympathischer gewesen, wenn die Angeklagten offen erklärt hätten: „Zwar wohl, wir hielten die Revolution vom November 1918 und ihre Folgen für ein Unglück für das Volk und das Vaterland. Wir haben deshalb beabsichtigt, dieses Unglück zu beseitigen. Auch durch die Mittel der Gewalt." Ein solches offenes Geständnis, wie es schon andere Putschisten hier abgelegt haben, hätte Sympathie erwecken können. Ihre Ausflüchte erweckten das Gegenteil. Mit Nachdruck weist der öffentliche Ankläger darauf hin, daß das Vorgehen am 13. März sich **genau nach dem Programm abwickelte, das von Schnitzler vorher abgefaßt worden war.** Das ganze Unternehmen war also planmäßig vorbereitet. Trotzdem wollen sie heute alle Unschuldslämmer sein. Der Oberreichsanwalt erklärt, **daß er von den Ausreden der Angeklagten kein Wort glaube.** Im weiteren beschränkte er sich auf eine einfache Klarlegung der juristischen Gesichtspunkte. Dann fährt er fort: Alle drei Angeklagten sind als **Mittäter und Führer des Kapp-Unternehmens** anzusehen. Deshalb ist eine **Amnestie ausgeschlossen** und die Frage nach **mildernden Umständen ist zu verneinen. Von ehrloser Gesinnung kann nicht die Rede sein,** so daß **auf Zuchthaus nicht zu erkennen ist,** sondern

es kommt nur Festungshaft in Frage. Sodann beantragt der Oberreichsanwalt gegen
Jagow, der schwerer belastet sei als die anderen, 7 Jahre Festung,
gegen Wangenheim und Schiele je 6 Jahre Festung.

Die Kosten des Prozesses sollen den Angeklagten auferlegt werden.

*

Die Verteidigung.

Hatte der öffentliche Ankläger sich auf eine kurze Uebersicht über die Tatsachen und eine einfache Klarlegung der juristischen Gesichtspunkte beschränkt, so stürzten sich die Verteidiger mit einer Häufung juristischer Spitzfindigkeiten in den Kampf. Zunächst der Anwalt Jagows, Herr Grünspach aus Berlin. Wenn man ihn hört, wundert man sich, daß dem armen Traugott noch nicht eine Prämie oder ein republikanischer Orden gespendet worden ist. Er, Traugott von Jagow, hat nach Grünspach ein Opfer gebracht, nämlich das Opfer, nicht seiner Eitelkeit zu folgen und sich durch ein offenes Bekenntnis zu seiner Tat die Märtyrerkrone aufzusetzen. Jagow sei viel zu klug, um sich zum Führer einer solchen Sache herzugeben, und deshalb hält der Verteidiger es für nötig, ihn freizusprechen oder doch das Amnestiegesetz auf ihn anzuwenden.

Den Höhepunkt juristischer Seiltänzerei erreichte aber der Verteidiger Wangenheims, Justizrat Görres aus Halle. Er sieht nicht die Tatsache des hochverräterischen Putsches, er sieht nur die Tatsache des Generalstreiks. „Der von den sozialistischen Regierungsmitgliedern ausgerufene Generalstreik" — sagt er — „ist das größte Verbrechen am Volke, denn wenn er strengstens durchgeführt wird, wird das Kind an der Brust der Amme verhungern, weil die Amme ihm keine Nahrung geben könne. Der Totengräber weigert sich, die Leichen abzuholen, daher wird die Proletarierwohnung verpestet. Das Messer entfalle dem Chirurgen, die Patienten sterben, weil das Licht verlöscht. Kurz, Jammer über Jammer! Das alles sah Wangenheim voraus, als er in Berlin abtrieb. Weil Kapp ihn gerufen hatte. Und weil er das voraussah, deshalb stellte er sich Kapp zur Mitarbeit zur Verfügung, damit das Ernährungswesen geregelt werde!!" (Wie Wangenheim die Ernährungsfrage löste, das hat man allerdings weder aus der Beweisaufnahme noch aus der Rede des Verteidigers erfahren.) Der „stille Teilnehmer", wie Traub ihn nannte, ist nach Görres ein „Edelmann im edelsten Sinne", mehr noch des Geistes als in staatsrechtlicher Hinsicht. Und dieser Mann, der sein Leben lang angeblich uneigennützig für das Volk gearbeitet — wir denken hierbei an seine Einkommensteuer, die er jahrelang nicht bezahlt haben soll, weil sein Gut ihm angeblich nichts einbrachte —, dieser Mann muß nach der Ansicht des Verteidigers freigesprochen oder doch amnestiert werden.

Die allgemeine Beweisführung der Verteidigung ist einfach wundervoll: Die Nationalversammlung überschritt in dieser Zeit ihre Befugnisse. Sie verdeckte damit den Willen des ganzen Volkes, das Anspruch auf Neuwahlen hatte. „Weil nun das Volk" im Sinne Kapps „zur Selbsthilfe griff", um augenblicklich Neuwahlen zu erzwingen, deshalb liegt Hochverrat nicht vor, wenigstens nicht bei Jagow und Wangenheim, wahrscheinlich auch nicht bei Schiele. Die Kapp und Lüttwitz, nun ja, aber die sind nicht anwesend, „und daß sie nicht hier sind," sagt Görres, „kann man menschlich verstehen, denn es ist nicht Sache jedes Herrn, im Untersuchungs- oder Strafgefängnis zu sitzen." (So, so. Red.)

Eine Kanzlerrede.

SPD. Berlin, 16. Dez. (Drahtber.) Im Hauptausschuß des Reichstages machte Dr. Wirth folgende Ausführungen:

Meine Damen und Herren! Sie haben heute morgen Gelegenheit gehabt, aus den Zeitungen Kenntnis von der Note zu nehmen, die an den Herrn Präsidenten des Wiederherstellungsausschusses gerichtet worden ist. Jeder, der diese Note liest, sei es in Deutschland, sei es im Ausland, wird sich bewußt werden, daß die deutsche Regierung damit einen

politisch sehr bedeutsamen Schritt

getan hat. Durch die Absendung dieser Note ist eine neue politische Lage geschaffen. Um dieser gerecht zu werden, ist es notwendig, den Wiederherstellungsverpflichtungen nachzukommen, die auf dem deutschen Volk lasten. **Niemand in der Welt hat Anlaß, an unserm ernsten, festen und guten Willen zu zweifeln, und ich habe auch niemand gefunden, auch draußen nicht, der in diesen Willen ernste Zweifel gesetzt hätte, abgesehen von einigen, mit denen politisch überhaupt nicht zu verhandeln ist.** Was wir nun konnten, um unsern Verpflichtungen nachzukommen, haben wir getan. Ein großer Teil dessen, was uns auferlegt ist, hängt aber nicht allein von uns ab, sondern von der Wirtschaftslage Europas, ja der ganzen Welt. Wer zurückblickt, wird heute mit uns sagen, daß das Erfüllen wollen in vielen Fragen nicht das Erfüllen können bedeutet. Was haben wir getan, auch insbesondere den Verpflichtungen der Zahlung in Gold nachzukommen? Wir haben die erste Milliarde aufgebracht. Gewiß haben wir sie nicht aus dem Laufenden schöpfen können, sondern mußten für diese erste Milliarde auch den Weg des Kredits beschreiten. Wir haben einen kurzfristigen Kredit bekommen und sind in der Lage gewesen, damit die Verpflichtung der ersten Milliarde zu erfüllen. Schon bei der Annahme des Ultimatums habe ich am 10. Mai bei der Bildung der Regierung im Reichstag betont, daß

die weltwirtschaftlichen Folgen

der Annahme dieses Ultimatums und seiner Ausführung der Gegenseite verantwortlich zur Last fallen. Diese weltwirtschaftlichen Folgen sind eingetreten. Ich erinnere an den Sturz der deutschen Mark und andere wirtschaftliche Folgen, die allen Völkern der Erde nahegegangen sind. Wir sind aber von dem Wege, den wir beschritten haben, nicht abgewichen.

Gerade in der Konsequenz dieser Politik liegt auch ihre Bedeutung für die ganze Welt.

Wir haben Verpflichtungen im Januar und Februar von der Ihnen bekannten Höhe zu erfüllen. Diese Verpflichtungen können nur zum Teil durch Sachleistungen abgedeckt werden. Sie kennen die Zahlen in Gold, die noch notwendig wären, um unsern Januar- und Februarverpflichtungen nachzukommen. Es hat sich bald herausgestellt, **daß diese Verpflichtungen aus dem Laufenden nicht erfüllt werden können,** und daß, wenn wir zu einem guten Ende kommen wollen, den Januar- und Februarverpflichtungen nur auf dem Wege des Kredits nachzukommen sein wird. Wir haben verschiedene Mahnungen gehört, insbesondere bei der Anwesenheit des Wiederherstellungsausschusses in Berlin, der uns zunächst mündlich aufgefordert hat, alles zu versuchen, um die Januar- und Februarverpflichtungen zu erfüllen. Ich habe damals kurz vor der Abreise des Wiederherstellungsausschusses folgenden, vom 19. November 1921 datierten, auch der Presse zugänglich gemachten Brief dem Präsidenten des Wiederherstellungsausschusses überreicht.

Der Reichskanzler verliest den Eingang der gestern veröffentlichten Note und fährt dann fort:

In diesem Schriftstück, das damals durch die Presse der ganzen Welt gegangen ist, ist erstens angekündigt, daß wir offizielle Schritte unternehmen werden und offiziöse Schritte schon unternommen haben, um zu einem solchen Kredit zu kommen. Zweitens ist darin die Bitte ausgesprochen, daß der Wiederherstellungsausschuß unsere Bitte um einen Kredit an den zuständigen Stellen unterstützen möge. Als der

Wiederherstellungsausschuß

hier war, habe ich selbst wiederholt die aufmunternde Aufforderung bekommen, daß Kredite in der Welt wohl zu erhalten seien. Dementsprechend haben wir unsere Schritte nach London gelenkt und versucht, wegen langfristiger und kurzfristiger Kredite Fühlung zu nehmen.

In der Note, die wir gestern in Paris haben überreichen lassen, findet sich die wortgetreue Uebersetzung dessen, was wir von England gehört haben. Durch den Präsidenten der deutschen Reichsbank, der in meinem Auftrag und Namen gehandelt hat, haben wir die englische Antwort bekommen, deren wesentlicher Satz Aufnahme in die Note gefunden hat. Er lautet:

Von maßgebender Stelle ist erwidert worden, daß unter der Herrschaft der Bedingungen, welche zurzeit für die Zahlungsverpflichtungen der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, eine solche Anleihe in England nicht zu erlangen sei, und zwar weder als langfristige Anleihe, noch als kurzfristiger Bankkredit.

Niemand in der Welt wird sich von dem Eindruck fernhalten können, den diese Aeußerung der kompetentesten Stelle eines der größten Finanzländer der Welt uns übermittelt hat.

Deutschland kann keinen Kredit bekommen

und zwar solange es unter den Bedingungen steht, die zurzeit die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands nach dem Londoner Ultimatum regeln. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß nicht mehr die Kreditfrage allein in den Vordergrund geschoben wird, daß auch nicht die Erfüllung der Zahlungsbedingungen vom Januar und Februar die Welt von den unermeßlichen Leiden heilen kann, die zurzeit als ökonomische Krise die ganze Welt durchziehen, sondern daß schon allein durch das Kreditbegehren der deutschen Regierung für die Januar- und Februarzahlungen das

Wiederherstellungsproblem als solches erneut aufgeworfen

ist, und daß es nur — das dürfen wir aus diesen Sätzen herauslesen — nach einer Prüfung und Nachprüfung dieser Bedingungen überhaupt einen Sinn hat, wenn Deutschland einen Kredit in der Welt bekommen kann. Die Sinnlosigkeit der Kreditgewährung unter den bisherigen Zahlungsbedingungen ist von der Gegenseite selbst zum Ausdruck gebracht worden. Danach haben wir unsere Politik einzurichten. Es ist natürlich heute nicht abzusehen, wie das Echo auf unsere Note sein wird. Das aber haben wir mit Geduld und festen Nerven abzuwarten. Aber eins dürfen wir jetzt nicht: im Innern rein passiv die Wirkung unseres Schrittes abwarten. In der Welt draußen ist die Erkenntnis gewachsen, daß ein politisches Diktat noch nicht die Möglichkeit einschließt, daß das, was man verlangt, auch ökonomisch möglich ist. Diese Erkenntnis ist in der Antwort der englischen Hochfinanz zum vollen Durchbruch gekommen. Nun dürfen wir aber nicht meinen, daß mit dieser Erkenntnis etwa der Tag gekommen sei, wo wir erleichtert aufatmen könnten — jeder falsche Optimismus wäre gerade jetzt völlig verkehrt —, sondern wir müssen dieser Erkenntnis, die draußen in der Welt gewachsen ist und die manchen politischen Nebel zerstreuen wird, entgegenkommen durch eine innerpolitisch außerordentlich gesteigerte Aktivität, das zu tun, was unser Ziel ist. Diesen Teil meiner Ausführungen darf ich sofort dahin lenken, daß ich sage: Wer nun außenpolitisch irgendwie glaubt, daß der Tag der Erkenntnis, der gekommen ist, für die Welt auszunutzen sei, der möge mit der Regierung dafür sorgen, daß folgende Maßnahmen möglichst bald zum Abschluß kommen: 1. daß wir unsere Etats möglichst rasch verabschieden; 2. daß es sich in den Kommissionen, die sich mit der Lage der großen Reichsverwaltungen, Post und Eisenbahnen, zu beschäftigen haben, nicht mehr darum handeln kann, diese oder jene Anforderung, etwa die Postgebühren, um etwa einige Millionen herabzusetzen, sondern wer auswärtige Politik treiben und dafür die Verantwortung übernehmen will, der muß mit uns dafür sorgen, daß zunächst der Postetat und hernach der Eisenbahnetat balancieren. Um diese Aufgabe, unsere Reichsbetriebe auf eine gesunde finanzielle Grundlage zu stellen, kommt niemand herum, der

ernsthafte Außenpolitik

machen will.

Sie kennen die großen Probleme, die aufgeworfen sind, Sie kennen auch die Schlagworte, die Deutschland durchlaufen haben und die zu den lebhaften politischen Auseinandersetzungen führten in dem Ruf von der einen Seite: Privatisierung der Eisenbahnen, worauf von der anderen Seite der Ruf erfolgt: Sozialisierung gewisser anderer Betriebe! Schon das Aufwerfen solcher Schlagworte zeigt, daß das Problem der Sanierung der Betriebe der Post- und Eisenbahn und ihre innere Gesundung so eindringlich geworden ist, daß wir auch bei einer außerordentlich günstigen außenpolitischen Lage nicht um diese Aufgabe herumkommen werden. Aber gerade in einem Augenblick, wo wir unter einen so gewaltigen außenpolitischen Druck gestellt sind und so vielleicht durch die Erkenntnis, insbesondere der Finanz- und Wirtschaftskreise der Welt ein kleiner Lichtstrahl am Horizont erkennbar ist, gerade in einem solchen Augenblick muß das Parlament ganz ohne Rücksicht darauf, ob es sich dadurch populär macht oder nicht, den Nachdruck darauf legen, der Welt zu zeigen, daß wir entschlossen sind,

unsere eigenen inneren Verhältnisse auf solide, finanzielle und wirtschaftliche Grundlage

zu stellen. Wenn wir diese Aufgabe nicht erfüllen können, dann wird die Gegenseite für uns daraus die allerunangenehmsten Folgerungen ziehen. Ich bin mir auch darüber klar, daß die Posten unseres Haushalts draußen in der Welt einer

sorgsamen Nachprüfung

unterzogen werden.

Es ist nun einmal draußen in der Welt der Eindruck entstanden, daß wir durch die Subsidien, die wir Post und Eisenbahnen zu gewähren haben — damit denke ich nicht an die Milliarden, die notwendig waren, um die Kriegsschäden zu decken —, und durch die Subsidien, die wir für die Ernährung unseres Volkes und für andere Zwecke geben, die ihnen im Reichshaushalt ja nicht unbekannt sind, automatisch ein Art Dumping schon in unserem Haushalt einbauen. Es wird nicht mehr gehen, im nächsten Jahre nach dieser Richtung das deutsche Volk draußen in der Welt als eine Gefahr für die Wirtschaft anderer Völker erscheinen zu lassen. Ich weiß sehr wohl, daß unsere innere Lage vom Ausland nicht genügend gewürdigt wird. Es ist selbstverständlich nicht leicht, ein Volk nach einer solchen Katastrophe, ein Volk, das revolutionäre soziale Zuckungen dauernd aufgewühlt haben, und das noch in den letzten Wochen Tag für Tag vor gewissen Erscheinungen wie denen der Plünderungen gestanden hat, von heute auf morgen aus dieser Subsidienpolitik herauszuführen. Aber das darf uns nicht hindern, das Ziel energisch in die Hand zu nehmen und fest ins Auge zu fassen. Diesem Ziel müssen wir raschestens zustreben, wenn wir überhaupt den Anspruch machen wollen, unsere innere Politik nach den außenpolitischen Notwendigkeiten einzurichten. Es war und ist die Aufgabe, die wir seit langem auf uns genommen haben,

innerpolitische Wünsche, auch wenn sie von Parteien sehr energisch vertreten werden, hinter der außenpolitischen Notwendigkeit zurückzustellen.

Da handelt es sich um Leben und Sterben einer Nation. Wir sehen mit großer Spannung den Besprechungen der verbündeten Staatsmänner entgegen. Wir wollen diesen Besprechungen nicht vorgreifen, vor allem nicht durch eine unnütze Polemik. Die Auffassungen, die in Frankreich vielfach gehegt worden sind, als ob es nur vom guten Willen Deutschlands abhänge, die Milliarden Gold scheffelweise auf den Tisch zu schütten, werden hinter der großen weltpolitischen Notwendigkeit zurücktreten. Nicht nur wir in Deutschland haben vielfach eine Scheinwirtschaft. Ich bezeichne die Wirtschaft als Schein, die unter dem Sturz der Valuta künstlich aufgebläht ist. Das ist ein Schein, auf den vielleicht in wenigen Monaten ein sehr bitteres Erwachen folgen kann. Diese Scheinblüte, die uns von der Gegenseite vielfach als Vorwurf vorgehalten wird, zeigt sich in andern Ländern in ganz anderer Form: in England und Amerika in der großen Arbeitslosigkeit. Diese Arbeitslosigkeit ist nicht etwa für sich vereinzelt zu betrachten. Das war gerade das Unglück der Welt, daß man Deutschlands Lage, Englands Lage, Amerikas innerwirtschaftliche Lage jeweils getrennt für sich betrachtet hat, ohne sie in die große Weltwirtschaft hineinzuverflechten, die sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, und ohne daraus die politischen Folgerungen zu ziehen. Es ist nicht möglich, die Welt und insbesondere die europäische Wirtschaft zu gesunden, wenn der ganze

Osten Europas

in sich zusammengebrochen bleibt, wenn die Kaufkraft der osteuropäischen Völker nun auch auf die mitteleuropäischen Länder ausgedehnt wird, von denen ja nur das arme Deutschösterreich als Beispiel dafür genannt werden kann, wie ungeheuerlich die Folgen der kranken Weltwirtschaft gerade in Europa sind. In England sind jetzt gewisse politische Probleme einer Lösung entgegengeführt worden, zu denen wir uns zurzeit nicht kritisch zu äußern haben, denn wir haben in den großen Welthändeln zurzeit sehr wenig zu suchen. Wir müssen uns in diesen Fragen zurückhaltend bewegen. Nachdem diese Fragen einer gewissen Lösung entgegengeführt worden sind, ist es ganz klar, daß die englische Politik der großen Frage der Arbeitslosigkeit im eigenen Lande nähertreten mußte und auch nähergetreten ist. Diese Fragen sind in England und Amerika nicht lösbar, wenn man nur von dem Friedensvertrag von Versailles und dessen Diktaten, insbesonder dem nachfolgenden Diktat in London ausgeht. Diese Fragen sind nur lösbar, und werden eine Lösung nur finden, wenn nicht nur die englische Finanz- und Handelswelt, sondern auch die englische Politik selbst ihren Blick wieder dem europäischen Festland zuwendet. Es ist kaum jemals in den vergangenen drei Jahren, die für uns ein fortgesetzter Leidensweg und Kreuzweg gewesen sind, in der Welt mit so klarem Blick das Wirtschaftliche gegenüber den rein politischen Erwägungen des Siegers in den Vordergrund getreten. Diese Lage gilt es nun politisch für das deutsche Volk so zu gestalten, daß wir — darüber kann ich natürlich keinerlei Versprechungen abgeben —

zu einer ernsten und wahren Besprechung der Verpflichtungen kommen,

die man Deutschland in der Stunde des Triumphes der Gegenseite auferlegt hat. Die Wege werden wir nur ebnen können, wenn wir hier im Deutschen Reichstag entschlossene Parteien finden, die hinter die Regierung treten und die innerpolitischen Notwendigkeiten der außenpolitischen Lage unterordnen, deren Ausblick ich genügend gekennzeichnet zu haben glaube. Ich bitte also, meine Damen und Herren, nicht nur um Ihre Aeußerungen, sondern um Ihre tatkräftige Mitarbeit in den Ausschüssen. Dabei liegt der Schwerpunkt in den steuerlichen Plänen, die wir Ihnen unterbreitet haben. Ein Kompromiß ist notwendig und muß schnellstens gefunden werden. Wenn wir nicht in der Lage sind, die steuerlichen Pläne zum Abschluß zu bringen, so ist nicht nur diese Politik, die hier begonnen wurde, gescheitert, dann ist überhaupt die deutsche Politik gescheitert, weil wir in der Welt nicht weiterkommen, wenn wir nicht ernstlich den Willen kundgetan haben, steuerlich das zu leisten was nach einem so verlorenen Kriege unbedingt notwendig ist. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung und, wenn nötig in den kommenden Tagen — ob es nun vor Weihnachten möglich sein wird, weiß ich nicht —, um die unbedingt notwendige politische Entscheidung im Deutschen Reichstag für die Führung der gesamten Politik des Deutschen Reiches.

Der Landtag geht in die Ferien.

SPD. Berlin, 17. Dez. (Drahtb.)

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben — über die Einmütigkeit, mit welcher der preußische Landtag heute in die Weihnachtsferien ging. Wollten die Kommunisten keinen Krach machen wegen des Geburtstages des Landtagspräsidenten oder freuten sie sich, daß der Antrag auf Strafverfolgung gegen Eberlein und Genossen nicht auf die Tagesordnung gekommen war? Das Ruhrtalsperrengesetz, das die Kosten der beteiligten Verbände erhöhen soll, wurde einstimmig angenommen. Desgleichen die Verlängerung des Kriegsgesetzes vom Mai 1918 über die Vereinfachung der Verwaltung, ebenso eine Aenderung des Diätengesetzes, welches die Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten sowie die Abzüge für ihr Fehlen festsetzt. Es werden statt bisher 85 120 M gezahlt.

Dann kam eine sehr komische Sache. Zur dritten Lesung des Etats, für die eine einstündige Redezeit festgesetzt war, beantragten Unabhängige und Kommunisten unbeschränkte Redezeit, weil sie Stellung nehmen wollten gegen die Ausführungen Severings, auf die sie nicht hatten antworten können. Unsere Genossen stimmten für die verlängerte Redezeit, die Bürgerlichen dagegen und lehnten sie ab. Dann aber gaben Unabhängige und Kommunisten so wenig acht auf den Gang der Verhandlung, daß sie vergaßen, sich zu Wort zu melden, so daß der Präsident die Besprechung schließen mußte, weil keine Wortmeldungen vorlagen. Auch die dümmsten Gesichter bei den äußersten Linksparteien konnten natürlich an der Sache nichts mehr ändern. Für die Sitzung am 19. Januar beantragen Kommunisten und Unabhängige die Rußlandhilfe auf die Tagesordnung zu setzen. Unsere Genossen stimmten dafür, die bürgerliche Mehrheit lehnte ab. Auf der Tagesordnung der Sitzung wird stehen u. a. die Vorlage über das Wahlprüfungsgericht und das Hebammengesetz. Es ist aber damit zu rechnen, daß bis zu diesem Zeitpunkt auch einige der neuen Verwaltungsgesetze sowie der neue Etat vorliegen werden.

Deutscher Reichstag.

SPD. Berlin, 17. Dez. (Drahtb.)

Unter den kleinen Anfragen, mit denen der Reichstag die Freitagsitzung einleitete, war eine Anfrage des Abgeordneten Kunert bemerkenswert, der von der Reichsregierung Material über die Wirkung des staatlichen Alkoholverbots in Amerika forderte. Die Reichsregierung antwortete, daß die Mitteilungen in der Tagespresse widerspruchsvoll seien. Sie werde sich bemühen, Material über die Wirkung des in Nordamerika bestehenden Gesetzes zu beschaffen und dem Reichstage vorzulegen. — Auf eine Anfrage über die Schwierigkeiten in der

Kohlenversorgung

gab ein Vertreter der Reichswirtschaftsministeriums Antwort.

Nach debattenloser Verabschiedung kleiner Gesetze begann die Aussprache über die Anfragen, die die

Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten

vom 28. November fordern. Es ist dies die bekannte Ausnahmeverordnung, die im Anschluß an die Ermordung Erzbergers erlassen worden ist. Für die Sozialdemokraten sprach Gen. Gradnauer die Zustimmung zur Aufhebung aus. Unser Redner bekannte offen, daß an manchen Stellen die Neigung, mit Ausnahmegesetzen zu regieren, stärker sei, als es dem Geiste der Verfassung entspräche. Die Sozialdemokratie wolle Ausnahmeverordnungen nur gegenüber unmittelbaren Notverhältnissen. Sie wünsche die Aufhebung, wenn die Notverhältnisse beseitigt seien. Das träfe hier zu.

Der bayerische Gesandte von Preger sprach sich gegen die Aufhebung der Verordnung aus. Er drohte mit einer Prüfung der Vertragsverhältnisse zwischen Bayern und der Reichsregierung. Die bayerische Regierung hat seinerzeit auf Grund dieser Verordnung den Belagerungszustand aufgehoben, weil diese ihr einen gewissen Ersatz dafür bot. Wenn die Verordnung aufgehoben werden sollte, sehe sich die bayerische Regierung vor eine neue Situation gestellt. Hierauf folgte eine Rede des deutschnationalen Abgeordneten Gräf, eine der unliebsamsten Erscheinungen auf den Bänken der Rechten. Er suchte durch mancherlei Kleinsätze die Linke zu reizen, fand jedoch mit seinen Vergleichen der Reaktionsperiode vor hundert Jahren und der jetzigen Zeit sehr wenig Zuhörer.

Die Aussprache zog sich bis gegen 8 Uhr hin, dann wurde mit den Stimmen der drei sozialistischen Parteien und der Deutschnationalen die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten beschlossen. Die Reichsregierung hatte sich während der Debatte nicht geäußert. Das Abstimmungsergebnis fand lebhaftes „Bravo" bei den Deutschnationalen.

(Wir wollen hoffen, daß man sich nach der Aufhebung der Verordnung Eberts mit dem Gesetz zum Schutz der Republik beeilt. Red. der Fr. Pr.)

Bei der Festsetzung der Tagesordnung versuchten die Deutschnationalen wiederum, den Flaggenantrag, den sie mit der Deutschen Volkspartei gemeinsam gestellt hatten, an eine bevorzugte Stelle zu bringen. Das Haus lehnte jeden Versuch ab. Es wird aber auf jeden Fall am morgigen Tage oder am Montag zu einer lebhaften Auseinandersetzung über die Reichsflagge kommen. Die Fraktionen haben ihre Mitglieder angewiesen, nicht von Berlin abzureisen, damit am Samstagabend oder notwendigenfalls vielleicht am Montag ein beschlußfähiges Haus versammelt ist.

Ein Saareinwohner den man nicht will.

SPD. Berlin, 17. Dez. (Drahtbericht.) Der Präsident der Saarregierung hat den Genossen Braun, Redakteur der Saarbrücker Volksstimme, jetzt den zweiten Ausweisungsbefehl zugehen lassen. Auf Protest gegen die sofortige Ausführung dieses Befehls ist er bis zum 22. Januar 1922 verschoben. Die Regierung wird dieser Ausweisung wegen abermals entschieden Protest erheben.

Wer nicht pariert, fliegt.

SPD. Berlin, 17. Dez. (Drahtbericht.) Der bisherige Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Friesland, ist in der Mittwochsitzung der Zentrale der KPD. seiner politischen Haltung wegen, die im Gegensatz zu der der Zentrale steht, seines Postens enthoben worden. (à la Stumm und Konsorten. Red.)

Lokales
Elberfeld-Barmen.

Bacmeister verzweifelt.

In der Frankfurter Zeitung lesen wir in einer Betrachtung über den Leipziger Kappisten-Prozeß: „Die nationalistisch-reaktionäre Propaganda, der die Lüttwitzsche Prätorianermeuterei und der Kapp-Ludendorffsche Staatsstreich entstiegen waren, hatte dem deutschen Volke immer wieder gepredigt, wir brauchen eine starke Regierung, den starken Mann als Diktator, und wir brauchen eine Regierung von Fachministern, die sachlich arbeiten. Wie sieht aber nach dieser Predigt die Wirklichkeit aus? Die Beantwortung dieser Frage wollen wir einem der führenden nationalistischen Publizisten überlassen, dem Herausgeber der unverdächtig reaktionären Bergisch-Märkischen Zeitung. Dieser Politiker, Herr Bacmeister, schreibt schon nach der ersten Hälfte der Beweisaufnahme einen geradezu verzweifelten Artikel über den Eindruck, der sich ihm ergibt. Er hatte erwartet, daß die am Putsch beteiligten Gesinnungsfreunde stolz bekennen würden: jawohl, wir haben Hochverrat begangen, aber Hochverrat gegen Hochverräter, nationalen Hochverrat, und dafür gehen wir gern ins Gefängnis. Nun aber, so klagt Herr Bacmeister, „erleben wir das Schauspiel, daß augenblicklich niemand außer Kapp ein Hauptbeteiligter am Kapp-Putsch gewesen sein will." Und er klagt weiter:

> Die Kennzeichen des Kapp-Putsches, derentwegen wir uns einer Beteiligung schämen würden, die politische Naivität und der Mangel an Entschlußkraft, werden von den Angeklagten geradezu als Rüstung angelegt gegenüber den Wurfspeeren des Herrn Oberreichsanwalts. Insbesondere die politische Naivität wird von ihnen allen in Anspruch genommen. Das ist sehr schade. So sieht man nur kleine Männer, die sich der Bestrafung durch den Staat zu entziehen suchen, durch denselben Staat, dessen Rechtsgrundlagen sie nicht anerkennen und den sie nicht achten.

Soll es immer nur auf der linken Seite Märtyrer geben? Und ist der Mangel an Zivilcourage auch damals nicht geringer geworden, „als 150 000 deutsche Offiziere Zivilisten wurden?" so fragt der enttäuschte Verehrer Ludendorffs".

Sie wollen nicht verhandeln, sondern diktieren.

Nämlich die Vertreter der rheinischen Landwirtschaft und Molkereien. Der Tägliche Anzeiger berichtet nämlich heute morgen:

Zur Bildung eines Milchpreisausschusses für die rheinischen Bezirke des Industriegebiets fand gestern beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf eine Besprechung der beteiligten Kreise statt, die aber zu keinem Ergebnis kam, da die Vertreter der rheinischen Landwirtschaft und der Molkereiverbände es abgelehnt hatten, an der Aussprache teilzunehmen. Wie aus der Erörterung hervorging, sieht die rheinische Landwirtschaft auf dem Standpunkt, daß mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft jede Preisbeschränkung fortgefallen sei, und daß sie die ihr angemessen erscheinenden Preise fordern könne. Regierungspräsident Grützner betonte, daß es sich nicht um einen Ausschuß mit behördlichen Befugnissen handele, sondern um eine freie Vereinbarung. Zwischen Verbrauchern, Handel und Erzeugern solle man die Preise festsetzen, die für die überwiegende Zahl der Verbraucher erträglich seien. Es sei verständlich, daß die Landwirte in Westfalen, wenn sie weiter zu den bisherigen Preisen liefern wollten, entsprechende Preise der rheinischen Landwirte forderten. Eine neue Zwangswirtschaft könne nicht in Frage kommen. Dem Bezirk würden monatlich 500 Tonnen Kleie zu einem billigen Preise von der Regierung zur Verfügung gestellt, die an die Milchversorgungsgesellschaft weitergegeben würden, um die Milchlieferanten mit preiswerten Futtermitteln zu versorgen.

Zur Lohnbewegung der Straßenbahner.

Am 15. Dezember fanden in Dortmund Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Straßenbahnen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet statt. Nach 11stündigen Verhandlungen kam eine Vereinbarung zustande. Danach ist für die Zeit vom 1. bis 11. Dezember eine Lohnerhöhung von 1,50 ℳ pro Stunde im Spitzenlohn für die Werkstattarbeiter und von 12 ℳ pro Arbeitstag für das Fahrpersonal auf die Löhne im Schiedsspruch vom 14. November erzielt worden. Ab 12. Dezember beträgt die Lohnerhöhung für das Werkstattpersonal gegenüber dem genannten Schiedsspruch 2,50 ℳ in der Spitze, für das Fahrpersonal 20 ℳ für den Arbeitstag. Leider gelang es nicht, für das Fahrpersonal wieder die kalendertägliche Entlöhnung zur Einführung zu bringen. Die Lohnkommission und die Gewerkschaftsleitungen beschlossen einstimmig, diese Vereinbarung den Belegschaften zur Annahme zu empfehlen.

Weihnachts-Ausstellung der Buchhandlung Freie Presse.

Die Buchhandlungen der Freien Presse Elberfeld, Robertstraße Nr. 8, und Barmen, ref. Kirchstr. 13—15, veranstalten für die Weihnachtszeit eine Ausstellung guter und preiswerter Bücher, Gesellschafts- und Unterhaltungsspiele. Wir laden unsere Freunde und Parteigenossen zum Besuch dieser Ausstellung ein und machen besonders darauf aufmerksam, daß unsere Geschäfte Sonntagvormittag von 11.30 bis 6 Uhr abends ununterbrochen geöffnet sind.
Buchhandlungen Freie Presse.

* Eine neue Tariferhöhung kündet die Verwaltungen der Schwebebahn und der Elektrischen Straßenbahn Barmen-Elberfeld an. Auch die neue Tariferhöhung wird mit der jetzt erfolgten abermaligen Erhöhung der Löhne begründet.

* Fräulein Hedwig Eschellmann, die jugendliche Sängerin an den Vereinigten Stadttheatern Barmen-Elberfeld, wurde ab 1. Juni nächsten Jahres auf mehrere Jahre an das Stadttheater Dortmund verpflichtet.

Elberfeld, 17. Dezember.

Brotpreise und Gehilfenlöhne.

In unserem Bericht über die in der Mitgliederversammlung der SPD. am 13. d. M. gemachten Ausführungen des Stadtv. Gen. Ullenbaum wurde u. a. erwähnt, daß die Gehilfen-Organisationen eine Brotpreiserhöhung von 1 ℳ pro Brot befürworteten. Dazu schreibt uns der Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgenossen: Durch die Zwangsbewirtschaftung in Brot sind Lohnerhöhungen im Bäckerberuf auf die jeweilige Preisgestaltung genau zu kontrollieren. Da der Zentralverband auch im Lebensmittelausschuß vertreten ist, wird bei Lohnforderungen von diesem verlangt, sich gutachtlich zu äußern. Wir vertreten unsere Lohnerhöhungen und stimmen einer Brotpreiserhöhung infolge Lohnforderung insoweit zu, als für je 3 Pfund Brot 1,2 ℳ Preiserhöhung für je 10 ℳ Lohnerhöhung befürwortet werden. Kommt also eine Lohnerhöhung von 120 ℳ pro Woche zustande (wie ab 16. 12. 21 vor dem Reichskommissariat durch Schiedsspruch festgelegt worden ist), so würde die von uns dafür befürwortete Brotpreiserhöhung für 3 Pfund Brot 12mal 1,2 ℳ, also 14,4 ℳ betragen. Wir betonen ausdrücklich, daß wir für andere Momente der Preisgestaltung, wie Steigerung der allgemeinen Unkosten, nicht die Verantwortung allein tragen, sondern die dafür geschaffenen Instanzen mit ausschlaggebend sind.

Die Forderungen der Beamten.

Uns wird geschrieben: Die Beamtenausschüsse der Post- und Telegraphenämter haben auf Drängen des Personals zu der Notlage und zu dem ablehnenden Standpunkt der Regierung Stellung genommen und folgende Eingabe beschlossen:

„Die Beamtenausschüsse der hiesigen Verkehrsämter bitten die Amtsleitungen, Berichte an die Oberpostdirektion zu senden mit dem Ersuchen um Weitergabe an das R. P. M., in denen der O. P. D. mitgeteilt wird, daß unter der Beamtenschaft im Industriegebiet die größte Not herrscht. Die Beamtenschaft ist nicht mehr in der Lage, die einfachsten Lebensmittel zu kaufen. Das Weihnachtsfest steht vor der Tür. Die Beamtenschaft ist ohne Geldmittel. Die Erregung ist derart gestiegen, daß das schlimmste zu befürchten ist. Wenn das Reichspostministerium nicht in letzter Stunde Mittel und Wege findet, das Reichsfinanzministerium zu bestimmen, die Beamtenschaft in den Besitz von Geldmitteln zu setzen, werden die Beamtenausschüsse nicht mehr in der Lage sein, die etwa sich ergebenden Folgen zu übernehmen. Es müsse unbedingt erreicht werden, daß der Beamtenschaft noch vor Weihnachten ein nicht zurückzuzahlender Vorschuß auf die beantragte Gehaltsaufbesserung gewährt wird."

Der große Unbekannte.

Das deutschnationale Linzblatt (Westdeutsche Rundschau) teilte gestern mit:

„Bei Besprechung des Verlustes des Reichs aus einem Lebensmittelgeschäft der Eisenbahndirektion Elberfeld mit der belgischen Regierung, der in Höhe von 175 Millionen Mark im außerordentlichen Haushalt des Reiches erscheint, wies gestern im Reichstagsausschuß Abg. Schmidt-Stettin (Deutschn.) darauf hin, daß es trotz eingehender Prüfung leider nicht möglich gewesen sei, einen für den Verlust verantwortlichen Beamten, der zur Rechenschaft gezogen werden könnte, festzustellen. Ein Regierungsvertreter erwiderte darauf, daß das Elberfelder Lebensmittelabkommen zwar von der Eisenbahnverwaltung abgeschlossen, indes für die Allgemeinheit bestimmt und auch dieser zugute gekommen sei. Eine unzulässige Verwendung von Reichsmitteln durch die Reichseisenbahnverwaltung liege nicht vor."

Also: die Elberfelder Eisenbahnverwaltung hat das Abkommen zwar abgeschlossen, aber verantwortlich ist lediglich ein gewisser Jemand, der sich aber leider nicht finden läßt. Einfach reizend. Fast noch reizender ist die tröstliche Versicherung, daß das Abkommen der Allgemeinheit „zugute gekommen" sei. Ohne Zweifel: die 175 Millionen Mark Verluste sind uns sehr „zugute gekommen"; von den verdorbenen Lebensmitteln ganz zu schweigen.

So die Frankf. Ztg. Mit den jetzigen Ausführungen vergleiche man die, die der damals noch in Elberfeld wohnende Bacmeister nach Ausbruch des Kapp-Putsches machte! Damals waren für Bacmeister die Kappesköpe „Helden", heute bezeichnet er sie so quasi als Waschlappen und Hanswurste. Zu dieser Aufpusterei hat Bacmeister absolut keine Veranlassung. Auch er hat bisher nur auf Zeitungspapier Heldentum gemimt. Als im Wuppertal der Kapp-Putsch niedergeschlagen war, verkroch sich auch der Federheld Bacmeister schleunigst und dankte bestens dafür, gerade seine werte Person in der „Märtyrer"-Rolle zu opfern.

b. **Erste internationale Länder-Ringkämpfe im Thalia-Theater.** Wie uns mitgeteilt wird, findet am Montag, den 19. Dezember, im Thalia-Theater der erste Länder-Ringkampf-Tag statt, wozu sich bedeutende Ringergrößen gemeldet haben. Auch ist es gelungen, diesmal die beiden Elberfelder Matadoren Emil Bau (Europameister und den Weltmeister K. Kornatz zusammen zu bringen. (Siehe Anzeige.)

e. **Das Auto des Grafen.** In der Nacht zum 11. d. M. wurde dem Grafen von Westfalen auf Schloß Laer ein Automobil im Werte von 300 000 ℳ gestohlen. Durch die Kriminalpolizei wurde festgestellt, daß das Auto bereits am 11. d. M. hier zum Verkauf angeboten worden ist. Es wurde ferner auch festgestellt, daß das Auto in Düsseldorf untergestellt war. Auf Veranlassung der Kriminalpolizei Elberfeld konnte das Auto durch die Düsseldorfer Kriminalpolizei beschlagnahmt werden.

e. **Leichenfund.** In einem Garten an der Diana-Höhe wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Anscheinend ist das Kind noch lebend dort hingebracht worden. Sachdienliche Mitteilungen, die zur Ermittlung der Mutter führen könnten, werden bei der Sittenpolizei von der Heydtsgasse entgegengenommen.

e. **Festgenommen** und dem Amtsgericht vorgeführt wurde der frühere Gutsinspektor, jetzige Vertreter Otto E., angeblich in Königshütte in Schlesien wohnhaft. E. hatte seiner Logiswirtin einen Geldbetrag von mehreren tausend Mark entwendet und war damit flüchtig geworden.

e. **Eine Warenhausdiebin** wurde gestern abgefaßt, als sie in einem großen Geschäft in der Herzogstraße ein seidenes Kleid verschwinden lassen wollte. Die Diebin entpuppte sich als ein früherer Fürsorgezögling. Sie war in einem hiesigen Hotel beschäftigt.

e. **Thalia-Theater.** Samstag, den 17., und Sonntag, den 18. d. M., finden im Thalia-Theater nachmittags 3.30 Uhr die Wiederholungen des mit großem Beifall aufgenommenen Weihnachtsmärchens „Der Froschkönig" oder „Der eiserne Heinrich" zu ganz kleinen Preisen statt. An beiden Abenden wird „Der liebe Augustin" aufgeführt.

e. **Buntes Theater Bavaria.** Sonntag, den 18. Dezember, zwei Vorstellungen, und zwar nachmittags 3.30 Uhr und abends 8 Uhr. In beiden Vorstellungen gelangt das große Weihnachts-Programm zur Aufführung. Die Theaterkasse ist Sonntagvormittags von 11—1 und nachmittags ab 2.30 Uhr geöffnet. (Siehe Anzeige.)

e. **Den wechselweisen Apothekendienst** versehen morgen die Germania-, Neue, Reichsadler-, Schwanen- und Stern-Apotheke. Diese Apotheken versehen auch den Nachtdienst ab Samstagabend bis zum nächsten Samstag. Außerdem ist die Sonnen-Apotheke in Sonnborn für dringenden Bedarf stets dienstbereit.

Barmen, 17. Dezember.

Nicht Stehl, sondern Stelzner.

Das Handwerks- und Gewerbeamt Barmen teilt uns zu der in unserer Nr. 293 unter der Ueberschrift: „Keine Zierde des Handwerks" veröffentlichten Notiz mit, daß es sich bei dem vom Barmer Schöffengericht wegen Betrugs verurteilten Dachdeckermeister nicht um das Dachdeckergeschäft Wwe. Wilh. Stehl, Rittershauserstr. 22, sondern um einen sich „Dachdecker" nennenden Willi Stelzner handelt. Die Strafverfolgung gegen diesen Willi Stelzner sei auf Veranlassung der Barmer Dachdeckermeister-Vereinigung und infolge der von der Geschäftsstelle des Handwerks- und Gewerbeamts Barmen erfolgten Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Elberfeld eingeleitet worden. — Die in unserer Nr. 293 erfolgte Verwechslung bedauern wir aufs tiefste. Wir möchten unsere Leser ersuchen, nach besten Kräften dafür zu sorgen, daß diese Richtigstellung möglichst überall bekannt wird, um die Firma Wwe. Wilhelm Stehl vor nicht verdientem Schaden zu bewahren.

b. **Ein hübsches Weihnachtsgeschenk,** nämlich 200 Zentner Kohlen, überwies die Kohlengroßhandlung Koch u. Hilby in Barmen-Rittershausen der Verwaltung zwecks Verteilung an Kriegshinterbliebene.

b. **Höchstpreise für Zwieback.** Der Preis für 375 Gramm durch Fettzusatz verbesserter Zwieback darf im Stadtkreise Barmen 5,60 ℳ nicht übersteigen.

b. **Amerikanisches Weizenmehl** gelangt ab 21. Dezember gegen Vorzeigung der Brotkarte in den Bäckereien und Brotverkaufsstellen zur Abgabe. Die Einheit (500 Gr.) kostet 3,75 ℳ.

b. **Ein Geisteskranker** wurde am Freitag im Wartesaal Bahnhof Wichlinghausen angetroffen und vorläufig dem Polizeigefängnis zugeführt. Er wohnt in Remscheid und war zuletzt in der Anstalt Grafenberg untergebracht, von wo er sich eigenmächtig entfernt hatte.

b. **Ein Lebensmüder** erhängte sich in seiner Wohnung in der Kotheuerstraße.

b. **Feuer** entstand am Freitag abend gegen 10 Uhr in dem Lagerschuppen der Brauerei von Wicküler-Küpper. Die alarmierte Feuerwehr war bis 3 Uhr morgens mit den Löscharbeiten beschäftigt. Der Brandschaden beläuft sich auf etwa 100 000 ℳ. Die Entstehungsursache ist noch nicht bekannt.

b. **Apollo-Theater.** Am Sonntagabend 7.30 Uhr gelangt der urkomische Schwank „Die Herren Söhne" zur Aufführung. Nachmittags 3 Uhr bei halben Preisen: „Bös' Fritzchens Höllenfahrt". Weihnachtsmärchen in 5 Bildern von Emil Funke. Vorverkauf von 11—1 Uhr an der Theaterkasse.

b. **Geöffnete Apotheken.** Morgen sind folgende Apotheken geöffnet: Einhorn-, Elefanten-, Engel- und Flora-Apotheke. Diese Apotheken versehen auch den Nachtdienst ab heute abend bis kommenden Samstag.

Langerfeld, 17. Dezember.

— **Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen** (Ortsgruppe Langerfeld) feiert am Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Herrn Wilhelm Lohre, Bayerhöhde, eine Weihnachtsfeier, verbunden mit Bescherung der Kinder. Auch die Spender, denen der Bund an dieser Stelle für alle Gaben herzlichst dankt, sind zu dieser Feier eingeladen.

Gewerkschaftliches.

Aussperrung der Brauereiarbeiter.

Die rheinisch-westfälischen Brauereien haben heute morgen sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt, weil in einigen Orten, in denen die Brauereiarbeiter infolge Nichtanerkennung des Schiedsspruches des Reichs- und Staatskommissars durch die Brauereien streikten und die Arbeit zu dem von den Brauereien angesetzten Termin nicht aufnahmen. Die Zahl der Streikenden belief sich auf rund 1500. Dieserhalb werfen nun jetzt die Brauereien etwa 5000 Arbeiter aufs Pflaster!

Partei-Nachrichten für den Unterbezirk Elberfeld

Bezirk Elberfeld, Bureau Robertstraße 8, Telephon 2973.
Bezirk Barmen, Bureau Wegnerstraße 8, Telephon 851.

Wülfrath.

Am Samstag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Knabach unsere Monatsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Otting-Velbert über: „Wohnungsfürsorge"; 2. Wahl von Delegierten für die Unterbezirkskonferenz; 3. Geschäftliches.

Weihnachtsfeier in Tönisheide.

Am Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 5 Uhr, feiert die organisierte Arbeiterschaft, sämtliche politischen Parteien, die Gewerkschaften und Sportvereine, im Lokale Sandkühler, Tönisheide, ihr diesjähriges Weihnachtsfest durch Kinderbescherung, Gesangvorträge, Theater, turnerische Aufführungen und anschließenden Festball. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Jugendveranstaltungen.

Elberfeld.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung am Sonntag fällt aus.

Gruppe Ost. Samstag: Fahrt nach Hordel. Treffpunkt 6.30 Uhr am Hauptbahnhof. Führer: Alfred Hauck.

Gruppe Nord. Montagabend: Volkstanzkursus. Die Veranstaltung am Dienstag fällt aus. Dafür Mittwoch im Heim: Liederabend.

Gruppe Südwest. Sonntag: Nachmittagsspaziergang. Treffpunkt 2 Uhr Schule Königshöher Weg. Führer: Franz Paul.

Mitteilungen der freien Schulgesellschaften.

Freie Schulgesellschaft Barmen.

1. **Hauptvorstand und Bezirksvorsitzende.** Montag, den 19. Dez., abends 7 Uhr, in der Schule an der Franzenstraße, Elberfeld: Gemeinsame Besprechung mit dem Elberfelder Vorstand. — 2. **Vertreter-Versammlung.** Mittwoch, den 21. Dezember, abends 7 Uhr, Schule Schützenstraße: 1. Bundesangelegenheiten, 2. Zeitungsfrage, 3. Beitragsfestsetzung 1922, 4. Agitation für die Schulgesellschaft und für die freie Schule, 5. Verschiedenes.

Sport.

Arbeiter-Samariter Barmen. 1. Den Mitgliedern, die Interesse für das projektierte Kinderheim hegen, ist am Sonntag, den 18. d. M., Gelegenheit geboten, an der Besichtigung eines in Frage kommenden Kaufobjekts teilzunehmen. Treffpunkt morgens 9.30 bis 10 Uhr Bahnhof Rittershausen, Abfahrt 10.40 Uhr bis Remlingrade, etwas Proviant mitnehmen. 2. Anträge zum Kreistag aus der Mitgliedschaft bis zum 1. Januar schriftlich an meine Adresse. 3. Mitteilungsblätter am Freitag bei Holtmann abholen, desgleichen müssen sämtliche Bezirkskassierer anwesend sein.

Der Vorsitzende.

Verantwortlich für Politik: Friedrich Ott, Elberfeld; für Lokales Elberfeld-Barmen Emil Quinzau, Elberfeld; für den übrigen Teil: Rudolf Knüppel, Barmen; für den Inseratenteil Friedrich Heuck-Elberfeld. — Rotationsdruck und Verlag: Verlagsanstalt Freie Presse. Molkenbuhr u. Co., Elberfeld.
Berliner Redaktion: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Billiges Angebot!!

Herren-Paletots . . von Mk. 195 an
Herren-Anzüge . . von Mk. 250 an
Herren-Hosen . . . . von Mk. 69 an
Loden-Joppen . . . von Mk. 120 an
Gummi-Mäntel . . von Mk. 390 an
sämtliche Burschen- und Knaben-Garderoben jetzt sehr billig.

Ransenberg & Co.
Elberfeld, Herzogstraße 1.

Beleuchtungskörper!

Sonntag von 2–6 Uhr geöffnet.

Größtes Lager vom einfachsten bis zum feinsten Genre.
Billigste Preise.

Riegermann G. m. b. H., Elberfeld

Fernruf 2876 und 290. **Königstraße 175** Fernruf 2876 und 290.
Haltestelle der Talbahn und Schwebebahn Schillerstraße.

Pelze und Muffe!

Riesenauswahl in prachtvollen **Zobel-, Alaska-, Kreuz-** und **Silberfüchsen, echte Skunkspelze, Opossum, Seal-Elektrik** usw., sowie dazu passende **Muffe** in jeder Preislage.

Schöne Pelzhüte u. Herrenkragen
wieder vorrätig.

Schwarze Pelze von 75 Mk. an u. höher.
Große schwarze Pelze von 175 Mk. an und höher.
Farbige Pelze von 175 Mk. an u. höher
Echte Füchse von 650 Mk. an u. höher
Ferner **Elektrik, Opossum, Hermelin, Kaninfelle** z. Selbstverarbeiten alles staunend billig.

T. Beeser, Elberfeld,
nur Grünstraße 29, I. Stock.
Fernruf 527.

Trotz der bekannt billigen Preise wird Fahrt bis 10 Mk. vergütet.
Sonntag ist mein Geschäft von 2-6 Uhr geöffnet.

Kein Laden! Kein Laden!

Für Wiederverkäufer!

Offeriere zu den Feiertagen:

Apfelwein, Natur		Mark 5.00
Heidelbeerwein, süß, m. Zucker vergor.		Mark 7.25
Johannisbeerwein, süß, m. Zuck. verg.		Mark 7.25
Frucht-Wermut-Wein		Mark 6.50

per ¾-Literflasche, exkl. Glas, Verpackung, Steuer. in Fässern od. Korbflaschen Mk. 0.50 höher per Liter.

Peter Stoll, Elberfeld, Kasinogartenstr. 10 — Telephon 691. —

Nordhäuser Lerche

ist der **Kautabak** des Feinschmeckers

aus der
Kautabakfabrik F. C. Lerche
NORDHAUSEN
Gegründet 1827.

Branntweine u. Liköre

Klaren	ca. 30%	per Ltr.	Mk. 40.00
Münsterländer	ca. 30%	per Ltr.	Mk. 40.00
Alter Korn	ca. 34%	per Ltr.	Mk. 44.00
Steinhäger	ca. 38%	per Ltr.	Mk. 56.00
Genever	ca. 44%	per Ltr.	Mk. 60.00
Weinbrand-Verschnitt (früher Kognat)		per Fl.	Mk. 45.00
Original fr. Kognak (E. Laurignac & Co.		per Fl.	Mk. 65.00
Jam.-Rum-Verschnitt		per Fl.	Mk. 52.00
Creme de Vanille		per Fl.	Mk. 47.00
Sherry Brandy		per Fl.	Mk. 50.00

Preise verstehen sich ohne Glas.

Gustav Körner,
Elberfeld, Hombüchelerstraße 25.

Martin Salomon
FRANZ OTTO
STEMPEL GRAVUREN & KLISCHEES ALLER ART
ELBERFELD Tel. 5946 Marienstr. 20

Eigene Anfertigung von **Gummi- und Metall-**
Stempel
sowie **Schilder** aller Art.

An das Fernsprechnetz sind wir vom 5. Dezember 1921 ab wie folgt angeschlossen:

Für den **Fernverkehr** Nr. 28 und 5555 bis 5558;
für den **Orts- u. Vorortsverkehr** Nr. 6550 bis 6557;

dagegen fallen die alten einzelnen Nummern für den Orts- u. Vorortsverkehr weg.

von der Heydt-Kersten & Söhne, Elberfeld.

Stoffe

Willst Du was Gutes, gehe zu
ÜLTZEN
Vertrieb feinster Damen- u. Herren-Stoffe zu den denkbar billigsten Preisen

Ültzen'sche A. Karwin vorm. Wollenweberei
Elberfeld, Poststr. 19, gegenüb. Café Turmhof

Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Zu mäßigen Preisen kaufen Sie heute noch in bekannter Auswahl u. Qualität

FESTGESCHENKE

wie **Damentaschen, aparte Neuheiten, Damen- und Herren-Portemonnaies, Brieftaschen und Zigarren-Etuis, Geldscheintaschen, Koffer (Hand und Bahnkoffer), Reiseartikel, Tornister u. Schultaschen, Stöcke, Schirme, Pfeifen, ff Bruyère-Pfeifen** bei

Johannes Kämper
Barmen, Mittelstr. 12/16. Telephon 3433
Elberfeld, Island 6. Telephon 3519.

Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Zur Konfirmation:

Ia Anzugstoffe

blau und farbig **185–220 Mark.**

Schwarze u. blaue Kleiderstoffe
130, 110, 78 Mark.

Etagengeschäft Julius Moses
Elberfeld, Altenmarkt 10.

Noch preiswert abzugeben:

Küchen
in natur und gestrichen
Schlafzimmer
in Eiche und lackiert.
Herren- u. Speisezimmer
Nußb.-Vertikos, Sofas
Chaiselongues, Stühle.
Großer Posten
einzelner Bettstellen
auf Wunsch mit **Matratzen.**

Jüdell's Möbel-Läger
Elberfeld, Karlstr. 4, Ecke Bachstr. Fernruf 5127.

Bruchkranke
können ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden. Sprechstund. im Elb. Hotel zur Post, Poststr. am **22. Dez.,** von 9—1 Uhr.
Dr. med. Knopf,
Spezialarzt für Bruchleiden

„Kauft Wecker nur bei **Feuerstein,** Dann werd' ihr stets **zufrieden sein."**
Barm., Steinweg 13

Gänsefedern
aus erster Hand
Barchente, Daunen-Köper
langjährig erprobte federdichte Qualitäten.
Bettfedern-Fabrik
August Türk,
Elbf., Luisenstraße 2.

Trauringe
in jeder Qualität bei billigst. Berechnung.
Ewald Möller,
E., Kipdorf 68. Tel. 3233.

Überall erhältlich.

Erzeugnis der Chemischen Fabrik Einhorn, Düsseldorf 47.

Asthma ist heilbar!
Asthma, Bronchialkatarrh, Lungen- und **Kehlkopfleiden, Grippe** finden schnelle und sichere Hilfe durch Spezialbehandlung. Sprechstunden täglich außer Sonntag von 10—1 und 2—4 Uhr im **Hotel „Rheinischer Hof", Elberf., Hofaue 82,** 1. Etage, Zimmer 3, (Nähe Döppersberg).
Dr. med. Bahrmann, prakt. Arzt.

Am 5. Januar

beginnen neue
Halbjahrslehrgänge
zur Ausbildung für den **kaufm. Beruf,** sowie
Tages- u. Abendlehrgänge
in **Buchführung, Rechnen, Schönschreiben, Deutsch, Stenographie, Maschinenschr., Sprach., engl., franz.**
Anmeldungen rechtzeitig erbeten.
Kaufmännische Privatschule
A. Förster,
Elberfeld, Alexanderbrücke,
Eingang Brückenstrasse 4.

Möbel
Küchen, Schlafzimmer, Wohnzimmer, Sofas, Komplette Betten, Einzelmöbel kaufen Sie zu niedrigsten Preisen im Möbel-Geschäft
H. Rehmann, Velbert,
Hohenzollernstrasse 11, Friedrichstrasse 91.

Ata

Henkel's Scheuerpulver
putzt reinigt Alles!

Ata eignet sich für alle **Küchengeräte** besonders auch für **Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.**
Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf.

Preis das Paket Mk. 1.50
Vertreter:
F. Kaldemorgen, Barmen-U. Telephon 3940.

Zur Gründung eines interfraktionellen Ausschusses rhein.-westf. Stadtverordneten.

Von H. Steinbüchel, Essen.

Wie wir bereits mitteilten, kamen am Mittwochnachmittag im Rathaussaale zu Dortmund die Stadtverordneten einer großen Anzahl rheinisch-westfälischer Städte zusammen, um zum ersten Male gemeinsame Angelegenheiten der Städte und Stadtverordneten ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung zu beraten. Eingefunden hatten sich Stadtverordnete aus Düsseldorf, dem bergischen Land, dem engeren Industriegebiet, aus Hagen sowie aus Bielefeld. Mit Ausnahme von Köln, dessen Beitritt bestimmt noch zu erwarten ist, waren sämtliche rheinisch-westfälische Großstädte bis hinunter zu den Mittelstädten, von den deutschnationalen bis zu den unabhängigen Stadtverordneten vertreten. Ursache der Einberufung waren die außerordentlichen Gehaltsforderungen der Beigeordneten und Oberbürgermeister. Nicht zuletzt die Gehaltsbewilligung der Stadt Köln an ihre Oberbeamten, die auch für die übrigen Städte richtunggebend zu werden drohte, hatte die Stadtverordneten zusammengeführt. Bei der Aussprache über diesen Punkt ergab sich fast völlige Einmütigkeit, und es wurde beschlossen, einem Ausschuß die Ausarbeitung von Richtlinien zu übertragen. Von den verschiedensten Seiten wurde erklärt, daß eine dauernde Fühlungnahme der Stadtverordneten aller Parteien aus allen Städten von Rheinland und Westfalen eine dringende Notwendigkeit sei, ja, daß die Gründung eigentlich schon vor 1 bis 2 Jahren hätte erfolgen müssen. Diesen Gedanken muß man unbedingt zustimmen. Organisiert sind bisher lediglich die hauptamtlichen Vertreter der Städte, d. h. die Oberbürgermeister und Beigeordneten bezw. Magistratsmitglieder. Bei den verschiedensten Gelegenheiten kommen diese zusammen und fassen Beschlüsse in städtischen Angelegenheiten, die dann die Stadtverordneten der verschiedenen Städte einfach schlucken müssen. Zum großen Teil handelt es sich hier um Besoldungsregelungen, Tarifabschlüsse, Schulfragen, Theaterangelegenheiten und dergleichen. Dieser geschlossenen Phalanx standen die Stadtverordneten doppelt zersplittert gegenüber, nämlich nach Städten und Parteien getrennt. Die Macht der Behörden stieg deshalb in der letzten Zeit trotz aller demokratischen Einrichtungen ins Ungemessene und nahm fast absolute Formen an. Deshalb ist es erfreulich, daß die Stadtverordneten sich endlich zusammengeschlossen haben, doppelt erfreulich, daß sie nicht nur die Besoldungsordnungen der Beamten gemeinsam erledigen wollen, sondern auch darüber hinaus beschlossen haben, einen interfraktionellen Ausschuß zu gründen, dessen Wirksamkeit, wenn sich die Erwartungen, die in der ersten Versammlung an ihn geknüpft wurden, erfüllen, eine sehr weitreichende und einflußreiche werden wird.

Um nur einiges aufzuzählen, sei nur daran erinnert, daß den Stadtverordneten die neuen Verwaltungsgesetzentwürfe, die demnächst im preußischen Landtag vorgelegt werden, vollständig unbekannt sind und sie bisher keine Gelegenheit hatten, die besonderen Wünsche der Bevölkerung, dessen Vertreter doch die Stadtverordneten sind, bei der Regierung zum Ausdruck zu bringen. Wir wissen aber bestimmt, daß die Oberbürgermeister im Ministerium des Innern auf den bekannten Geheimratswegen die neue preußische Verwaltungsgesetzgebung in ihrem Sinne, d. h. im Sinne des Bürgermeisterabsolutismus schon sehr stark beeinflußt haben. Eine der ersten Aufgaben des Ausschusses wird es daher sein, die neuen preußischen Verwaltungsgesetzentwürfe auch seinerseits zur Einsicht und Begutachtung von der Regierung zu verlangen.

Darüber hinaus wird der Ausschuß die verfassungsmäßigen Rechte der Stadtverordneten gegenüber Behörden und Parlament dauernd überwachen und hüten müssen. Die Selbstverwaltung ist ein kostbares Volksgut, das die Stadtverordneten nicht verkommen lassen dürfen. Nicht nur die Reichssteuergesetzgebung geht Wege, die sich als unheilvoll für die Städte erwiesen haben, sondern auch andere Behörden ergreifen Maßnahmen, die auf eine Strangulierung der Stadtverwaltung hinauslaufen.

Auf dem Gebiete der Regelung der Besoldungsordnung dürfte der Ausschuß auch in Zukunft eine sehr rege Tätigkeit zu entfalten haben. Bei der ständigen Geldentwertung werden sicher bald weitere Besoldungsvorlagen folgen, und seine Aufgabe wird es sein, nicht nur Richtlinien über die Besoldung und Eingruppierung der höheren Beamten, sondern auch der gesamten übrigen Beamtenschaft aufzustellen. Besonders unangenehm ist der Konkurrenzkampf der Städte bei der Niederlassung von Behörden und Spitzen privater Gesellschaften. Der Staat sowie private Gesellschaften verstehen es ausgezeichnet, diesen Konkurrenzkampf auszunutzen zum Schaden der städtischen Finanzen. Auch hier dürften sich durch gemeinsame interfraktionelle Besprechungen Mittel finden lassen, diesen Konkurrenzkampf zu mildern, wenn nicht ganz aus der Welt zu schaffen. Die rheinisch-westfälischen Städte haben eine Anzahl Vereinigungen gegründet, die sich auf verschiedene Gemeinden und Verwaltungsgebiete erstrecken. So besteht eine rheinisch-westfälische Städtevereinigung, eine Schulvereinigung, eine Theatervereinigung, sowie ein Arbeitgeberverband der Städte. In allen diesen Vereinigungen sind bisher Stadtverordnete nicht vertreten gewesen. Die Beschlüsse dieser Vereinigungen, die bisher nur von den hauptamtlichen Beamten der Städte getroffen wurden, waren vielfach sehr einseitig. Unter dem Druck der Verhältnisse blieb aber den Stadtverordneten vielfach nichts übrig, als ihnen zuzustimmen, d. h. die Rechte der Bürgerschaft waren ausgeschaltet. Es wird nun Aufgabe des Ausschusses sein, in all diesen Vereinigungen sich durch eigene Delegierte vertreten zu lassen und damit Beschlüsse herbeizuführen, denen dann die Stadtverordneten mit gutem Gewissen ihre Zustimmung geben können. Die meisten rheinisch-westfälischen Städte sind an gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen beteiligt. Es sei nur an das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, an das Wasserwerk für das nördlich-westfälische Kohlenrevier, an Straßenbahnen usw. erinnert. In den Aufsichtsräten dieser Gesellschaften sind die Stadtverordneten wenig oder gar nicht vertreten, sondern nur die Oberbeamten der Städte. Auch hier muß eine gründliche Wandlung eintreten. Besonderen Dank der Bevölkerung wird sich der Ausschuß erwerben durch Aufstellung von Richtlinien für Ersparnismaßnahmen der Städte.

Die vorstehend genannten Aufgaben werden sich im Laufe der Zeit zweifellos noch erheblich erweitern. Wir sind überzeugt, daß der Ausschuß durch vorherige interfraktionelle Aussprachen sehr viel überflüssige Reibungsflächen unter den Stadtverordneten, sowie zwischen den Stadtverordneten und den Stadtverwaltungen aus der Welt schaffen wird. Es wird möglich sein, viel schneller zu arbeiten als bisher. Haben die rheinisch-westfälischen Stadtverordneten im interfraktionellen Ausschuß einen Weg gefunden, so wird er in kürzester Zeit in allen rheinisch-westfälischen Großstädten ohne Schwierigkeit gegangen werden. Heute beraten die Ausschüsse sämtlicher Großstädte dieselben Angelegenheiten für sich und schieben die Vorlagen manchmal auf die lange Bank, um zu sehen, was die andere Stadt macht. Wir können uns auch denken, daß manche überflüssigen politischen Streitigkeiten durch die Tätigkeit des Ausschusses vermieden werden. Man wird z. B. nicht einsehen, weshalb, wenn in fünf bis sechs Großstädten weltliche Schulen eingerichtet sind, nicht auch durch eine Aussprache in dem Ausschuß die Stadtverordneten der übrigen Großstädte zu überzeugen sind, daß das, was in der einen Stadt als billig anerkannt ist, auch die andere als gerecht anzuerkennen hat. Selbstverständlich kann es sich nicht darum handeln, daß wir als Sozialdemokraten in den Stadtverordnetenversammlungen nun auf politische Auseinandersetzungen verzichten oder im Kampfe um das Volkswohl und die Rechte der Bevölkerung lässiger werden. Zweck des Ausschusses wird in der Hauptsache sein, die gemeinsamen Belange der Städte und Stadtverordneten zu vertreten, mit der Regierung und den Oberbürgermeistern, wenn sie einsichtig sind, aber auch ohne und gegen sie, wenn es sein muß.

Der Ausverkauf Deutschlands.

In unserer Nr. vom 8. d. M. gaben wir in der Beilage einen Artikel des „Volkswille"-Gelsenkirchen wieder, in dem auf die Firma Gebr. Schürmann, Wohnungseinrichtungen und Innendekorationen, Köln-Essen, hingewiesen wurde, die in einer Annonce in holländischer Sprache dem Ausland ihre Ware anpreist. Wir gaben den Artikel wieder, um unseren Lesern zu zeigen, wie der Ausverkauf Deutschlands so seine besonderen Seiten hat. Nun übermittelt uns die Firma Schürmann „per Einschreiben" eine längere Ausführung, in der sie u. a. feststellt, daß die „Tendenz des die Firma verletzenden Artikels eher auf einen ausländischen Konkurrenten als auf einen volkswirtschaftlich geschulten Redakteur als Urheber schließen lasse". Gerade die Freie Presse usw. usw. Weiter wird in dem Schreiben der Firma Schürmann festgestellt, daß die Reichsregierung die Ausfuhr von Luxusartikeln begünstigt, daß die Firma Schürmann „für die Ausfuhrgenehmigung 6 Prozent der Ausfuhr und von den hochwertigen ausländischen Devisen 70 Prozent der Reichsbank zur Verfügung stellen muß". „Durch den Export von Luxusmöbeln würde das leidende hungernde Deutschland in keiner Weise geschädigt usw. usw."

Soweit das Schreiben der Firma Schürmann.

Wenn sie glaubt, uns durch das, was sie über Luxusartikel lang und breit ausführt, etwas neues zu sagen, ist sie ebenso sehr im Irrtum, als wenn sie behauptet, daß durch die Ausfuhr von Luxusmöbeln das „leidende, hungernde Deutschland in keiner Weise geschädigt werde". Das stimmt, wenn man Exporteur von Luxusmöbeln oder derjenige in der Reichsbank ist, der für den Staat hochwertige Valuten heranzuschaffen hat. Wie liegen aber die Dinge volkswirtschaftlich? Die ganze Möbelindustrie wird heute gut bezahlt. Der rheinische Arbeitsmarkt meldet seit Wochen und Monaten den gar nicht zu deckenden Bedarf von qualifizierten Holzarbeitern. Dabei steigen die Preise — das ist ganz natürlich und gar nicht zu verhindern — für solche Waren der Holzindustrie, für die Bedarf im Inlande mehr als genug vorhanden ist. Das weiß auch wohl die Firma Schürmann. Ein Fall aus der Praxis. Ein Kölner Exportgeschäft liefert Schirme. Am 30. September 1921 verlangt die Firma, die zum größten Teil nach dem Auslande exportiert, von ihren deutschen Kunden einen Aufschlag von 10 Prozent auf den abgemachten Preis. Am 20. November 1921 verlangt die Firma, vielleicht, weil sie durch die Valutagewinne furchtbar geschädigt wird, einen Aufschlag von 20 Prozent. Und so wird es wohl überall sein.

Vergleichen wir mit dem Gesagten die Verhältnisse auf dem deutschen Holzmarkt. Durch den lebhaften Export von Luxusmöbeln besteht geradezu ein Wettlauf nach Ware. Der Konsument ist nämlich derjenige, verehrte Firma Schürmann, der die Folgen am allerersten merkt. Die Nachfrage übersteigt heute in allen Holzarten das Angebot. Die Preise scheinen überhaupt keine Rolle mehr zu spielen. Die Käufer überbieten sich. Die meisten holzverarbeitenden Gewerbe sind so gut mit Aufträgen versehen und so reichlich beschäftigt, daß sie Material zu jedem Preis nehmen. **Daher die sprunghafte Aufwärtsbewegung für die Preise im allgemeinen und für die deutschen Preise im besonderen.** In süddeutschen Forsten wurden z. B. folgende Preise pro Raummeter gezahlt: Fichten-, Tannenlangholz, 1.—6. Klasse, 1072—1340, 960—1218, 847—1096, 772—975, 706—853, 621—736 M, Eichenstammholz, 1.—6. Klasse, 2400, 2000, 1300, 1100, 800, 600 M. Für Nadelpapierholz wurden per Raummeter über 200 M an Station gewährt. Großhandelspreis für Bretter: Ausschuß 16", 12", 1" ab Schiff Köln 5500 M für 100 Stück, „gute" Bretter 6400 M, Ausschußdielen, 16", 12", 2", 11 250—11 500 M per 100 Stück ab Schiff Köln.

Wie erklärt sich die Firma Schürmann diese Sprünge? Und wer leidet darunter?

Natürlich findet die Firma Gebr. Schürmann in ihrem Bestreben, mit dazu beizutragen, die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz wieder positiv zu gestalten, unseren ungeteilten Beifall. Ueber die Art und Weise, die die Firma Schürmann anwendet, kann man natürlich geteilter Meinung sein und wir wollen hoffen, daß die Firma nach dieser kleinen volkswirtschaftlichen Lektion die andere Seite des Luxusexports niemals aus den Augen läßt.

Der deutsche Parteitag in der Tschechoslowakei.

(Von unserem Korrespondenten.)

Am Montag trat der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Republik in Tetschen zusammen. Der vorjährige Parteitag hatte noch im Zeichen der sozialistischen Parteieinheit getagt und nach heftiger Debatte, die mit der „Linken" geführt wurde, war es gelungen, die Spaltung auf dem Parteitage selbst zu vermeiden. Allerdings war es nur ein Scheinerfolg des Einheitsgedankens; denn die Linke, die schon damals im Herzen bei Moskau stand, ja mit diesem schon im Geheimen abgeschlossen hatte, wollte in der Partei verbleiben, um ihre Wühl- und Spaltungsarbeit fortsetzen zu können. Da dies frivole Spiel durchschaut und durchkreuzt wurde, kam es wenige Wochen nach dem Parteitage nach einigen vergeblichen Versuchen, die Differenzen zu beseitigen, zur offenen Abtrennung des kommunistisch orientierten Teiles des Proletariats und in dessen Gefolge zu jenen unerquicklichen Auseinandersetzungen, zu denen überall die politischen „Methoden" der Kommunisten Anlaß gaben. Nach dem 3. Kongreß von Moskau wurde auch die tschechoslowakische Sektion der kommunistischen Internationale begründet, der sich die deutschen Kommunisten anschlossen. Das Wesen dieser kleinen Internationale der Kommunisten unserer Republik besteht darin, daß der schlaueste Opportunist des tschechischen Volkes, der Kommunist Smeral, im Namen der Internationale die nichttschechischen Kommunisten in den Dienst seiner kommunistischen Sonderpolitik zwingt, die Spott und Hohn auf die Behauptung von einer „kompromißlosen Klassenpolitik" ist. Die Spaltung hat uns geschadet. Die Zahl der organisierten Parteigenossen ist kleiner geworden. Aber nur ein kleiner Bruchteil der von uns Abgefallenen ist zu den Kommunisten übergegangen, der größere Teil hat die Belehrung über den „Sozialverrat" der Sozialdemokratie, die sie von den Kommunisten erhielten, dazu benützt, um nach einer radikalen Rückzugskanonade im Lager der politisch Indifferenten zu landen, wenn sie es nicht sogar vorzogen, die neue Aufklärung durch Beitritt zur nationalen oder klerikalen Partei zu benutzen.

Der Flurschütz.

Roman von Alfred Bock.

(Nachdruck verboten).

8. Fortsetzung.

Du liebe Zeit! Sechs Wochen schon, daß die Christine im Dienst beim Flurschützen war. In tausend Aengsten war sie gekommen. Ja, wie dann, wenn der Mann ein Grobian war, dem man partu nichts recht machen konnte? So Menschen gab's doch genug in der Welt. Sell führte er sie im Haus herum und wies ihr die Arbeit und war nicht ein bißchen herrisch. Etz tu dir im Anfang nicht zu viel, war seine Sprach', wann das Rad geschmiert ist, läuft's von selbst. Dafür hatte sie selbigmal freilich kein Ohr und rackerte sich unbändig ab. 's war auch ein schöner Dreck im Haus. Die Schnappersgritt konnt sich nicht bücken, so war's in den Ecken liegen geblieben. Jetzt dauert's acht Tag', und alles war sauber, kein Fisselchen lag mehr herum. Der Flurschütz sah's und hatt sein Plaisier dran. Was eine ordentliche Mannsperson war, die fühlte sich doch im Dreck nicht wohl. Nun ging er auch mehr aus sich heraus und tat so allerlei erzählen, was im Dorf passiert war und drauß' im Feld. Das merkte sie bald, er hatte in allem seinen eigenen Kopf, und wenn man ihn so sprechen hörte, da konnt man denken, er hätt die Gescheidigkeit mit Löffeln gegessen. Hinterher durft sie sich bei dem Lehrer zu Velda bedanken. Von dem hatte sie ihr Teil profitiert, konnte dreinreden jetzt und brauchte ihren Dienstherrn nicht anzugaffen wie die Kuh das neue Scheuertor. Darüber mußt sie sich baß verstaunen, daß er so selten von seinem Jakob sprach. Ja freilich, wenn man die zwei gegeneinander hielt, die waren bei stockfinsterer Nacht unterschiedlich. Die Kernhaftigkeit sah dem Flurschützen aus dem Gesicht, und sein Wort und sein Werk waren gewißlich eins. Hätte der Jakob nur ein Quentchen von seinem Vater gehabt, so saß sie jetzt nicht wie auf glühenden Kohlen und hatte als Schwiegertochter Einsitz und Recht.

Der Flurschütz sah von seiner Zeitung auf.

„Christine, mir war's, als hätt eins an die Haustür geklopft. Guck doch einmal nach!"

Christine ging hinaus, und ein paar Minuten verstrichen, bis daß sie wiederkam.

„No?" fragte der Flurschütz.

„Der Briefträger war's," sprach sie stockend und gab ihm mit zitternder Hand einen Brief.

Der Flurschütz schüttelte den Kopf.

„So spät?"

Er las die Aufschrift. Darüber stand: „Durch Eilboten zu bestellen". Es war Jakobs Handschrift. Der Flurschütz schnitt mit dem Taschenmesser den Umschlag auf und faltete den doppelt zusammengelegten Briefbogen auseinander. Jakob schrieb:

„Lieber Vater!

Dadurch, daß der Herr Professor Wahrmund vor acht Tagen gestorben ist und der Herr Assistent Fliegenschmidt einstweilen die Fachklasse für Dekorationsmalerei über sich hat, müssen wir jetzt auch Reisen machen, den Rhein hinauf und herunter, sogar bis ins Holländische, damit wir etwas von der Welt zu sehen kriegen, was für uns sehr notwendig ist, wenn wir etwas leisten sollen. Das kostet aber extra viel Geld. Dann haben wir uns manches neu anschaffen müssen. Mein Stiefelwerk war auch nicht in der Reihe, und ich habe einen Hut und einen Anzug gekauft. Nebenher habe ich an einen Kamerad aus dem Brandenburgischen Geld verliehen und nicht wiedergekriegt. Jetzt sitz ich wie auf Nadeln, denn ich muß doch bezahlen, was ich schuldig bin und habe nichts mehr. Sei so gut und schick mir diesmal dreihundert Mark, daß ich nicht fortwährend zu schreiben brauche, und wenn Du es möglich machen kannst, doch gleich, weil ich ganz abgebrannt bin und deshalb fünfunddreißig Pfennig auf den Brief geklebt habe, daß er mit der Eilpost fortkommt. Sei auch vielmals gegrüßt von

Deinem Sohn Jakob Schwalb."

Indes der Flurschütz las und dabei nach seiner Gewohnheit die Lippen leise bewegte, beobachtete ihn Christine, ihren Platz wieder einnehmend, mit gespannter Aufmerksamkeit.

Seine Miene verfinsterte sich und seine Stirnadern schwollen. Nun schlug er mit der geballten Faust auf den Tisch.

„Himmelsakerment!"

Christine sprang erschrocken auf.

„Wann hast du das Geld letzt fortgebracht?" wandte er sich an sie.

„Gest' vor acht Tag'," erinnerte sie sich.

„Gelle?" nickte er und fügte grimmig hinzu: „So'n Fittich!"

„Was habt Ihr dann?" wagte sie sich schüchtern heraus.

„Ein' nixnutzigen Bub!" beschied er sie barsch, daß ihr der Mut zu fernerem Fragen verflog.

Er zog die Tischschublade auf und langte Schreibzeug und Papier hervor. Darauf schrieb er an seinen Sohn:

„Lieber Jakob!

Weil Du es mit Deinen fünfunddreißig Pfennig Porto so eilig hast, sollst Du gleich Antwort haben, aber zehn Pfennig tun es auch. Am ersten Februar hast Du Deine achtzig Mark gekriegt und acht Tag drauf fufzig nachverlangt, weil Du durch ein Loch in Deiner Hosentasche Deinen Geldbeutel verloren hast und es keinen ehrlichen Finder in Düsseldorf gibt. Sell hab ich gedacht, der Jakob lügt das Blau vom Himmel herunter und hab die fufzig Mark hergegeben. Was tut man nicht alles, wenn man so hampelmännisch ist! Jetzt hat aber die Geduld ein End. Hältst Du Deinen Vater für so einen dummen Esel, daß er Dir den Schwindel glaubt? Lug und Trug! Dreihundert Mark willst Du mir abluchsen? Bin ich ein reicher Mann? Wo soll ich das Geld dann hernehmen? Ja freilich krieg ich morgen meinen Pachtzins ein, aber ich muß doch auch was für meine Lebsucht übrig behalten, wo mir's als Flurschütz so wenig trägt und ich außer dem Garten nichts ziehen kann. Jetzt wollen wir doch einmal rechnen. Bis Johanni, wo Du fertig bist, macht es vierhundertundachtzig Mark aus, was Du zu kriegen hast. Zweihundertundsechzig Mark hast Du vorweg, bleiben noch zweihundertundzwanzig Mark. Mehr brennst Du mir nicht auf, so wahr ich lebe! Für was hast Du das Geld wieder verlawiert? Ich sage aber gar nichts mehr, denn es ist doch alles bei Dir in den Wind geschlagen. Dein Mutterteil hast Du lang verkonsumiert. Wo ich selbst nicht viel in die Milch zu brocken habe, sollst Du mich nicht an den Bettelstab bringen. Ich denke so: Du steckst jetzt wieder in einer großen Dreckerei, sonst hättst Du die fünfunddreißig Pfennig nicht draufgeklebt. Dessentwegen will ich mich morgen umtun, daß ich die zweihundertundzwanzig Mark auftreib, wo Dir bis Johanni zukommen. Damit basta! Hernach kannst Du ein Ohmfaß Tinte verschreiben, einen Hundsfott soll man mich heißen, wann ich Dir noch einen Pfennig schick. Ein Lumpes wie Du kommt nicht zu Verstand, als bis er sein Brot verdienen muß und dazu hast Du weiß Gott die Aeste. Alleweil bin ich fertig. Es grüßt

Dein Vater Daniel Schwalb."

Er überlas noch einmal, was er niedergeschrieben hatte, und schloß den Brief.

„Du kannst dich legen," sagte er zu Christine, die mit vergeistertem Gesicht auf der Ofenbank kauerte, „ich hab noch was beim Röckel zu tun und komm' vor zehn Uhr schwerlich heim."

Sie bot ihm gute Nacht und ging in ihre Kammer hinauf. Da sie sich entkleidete, hörte sie ihn mit schweren Schritten das Haus verlassen.

„Nichtsnutziger Bub!" Das gellte ihr immer noch in den Ohren. Was hatte den Mann so in die Rage gebracht? Ja, wenn man nicht vernagelt war, konnt man sich's wohl zusammenreimen. Da war ein Eilbrief vom Jakob gekommen. Die Handschrift hatte sie gleich erkannt, hatte ein Zittern am ganzen Leib verspürt. Daß Gott erbarm! Der Jakob war und blieb doch ein Lüderjan. Der hatte gewiß wieder etwas verliert, saß in der Klemme und schrieb um Geld. Nun gar dem Flurschütz sein wütig Gesicht. Herrjesses! Wenn der erst dahinter kam, wie sein Jakob bei ihr auf dem Kerbholz stand, spie er Feuer und Flamme vor Zorn. Auf einmal fiel ihr das Herz in die Schuhe. Wie hatte der Lehrer zu Velda gesprochen? „Wer von der Hoffnung leben will, der tanzt einen Schleifer ohne Musik!" Du lieber Himmel, wie sollte das werden!

(Fortsetzung folgt.)

Aber die Spaltung hat nicht nur zahlenmäßig geschwächt, sie hat auch unsere Positionen im Parlament und außerhalb desselben gegenüber dem Unternehmertum verschlechtert. In Lohnkämpfen ist das Proletariat in die Defensive gedrängt, und nur mühsam vermag es den Angriff auf die Errungenschaften der Revolutionszeit abzuwehren. Die politische Situation der deutschen Partei in der Tschechoslowakei ist schwierig. Unter der nationalen Unterdrückung leidet auch das deutsche Proletariat. Die Sperrung deutscher Schulen trifft vor allem das deutsche Arbeiterkind, die Beschränkung des Sprachenrechts in der Nationalversammlung, bei Gericht, in allen sonstigen öffentlichen Körperschaften legt dem täglichen Leben die größten Schwierigkeiten in den Weg und schafft Erbitterung gegen den Staat und seine Regierung. In dieser Regierung sitzen die Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie, die auch gegen Bemühungen um den sozialen Fortschritt stimmen, wenn dieser der nationalen Koalition nicht paßt. Aber wenn es auch den deutschen Sozialdemokraten schwer gemacht wird, Klassenpolitik zusammen mit den tschechischen Genossen zu machen, so lassen sie es gegenüber der deutschen Bourgeoisie an Klarheit nicht fehlen. Die nationale Einheitsfront, die sich im angeblichen Lebensinteresse des Staates die tschechischen Sozialdemokraten leisten, besteht bei den oppositionellen Deutschen nicht. Nicht Lockung und Drohung vermag die deutschen Sozialdemokraten von ihrer scharfen Kampfstellung gegen das Bürgertum abzubringen. Sie fürchten auch die Verleumdung nicht, die die Deutschbürgerlichen wegen der Stellungnahme unserer Partei anläßlich des Habsburgputsches ausgeheckt haben, als wäre die Partei für einen Krieg gegen Horthy-Ungarn zu haben gewesen. Bei der Rolle, welche die Tschechoslowakei in der kleinen Entente spielt und bei ihrer Bedeutung für die Fragen der mitteleuropäischen Politik erfordert die Stellung zu jedem Problem die aufmerksamste Beachtung aller Umstände. Die Debatte über das Referat Dr. Czechs wird einen breiten Raum einnehmen.

Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Erörterung der Sozialversicherung, der sozialdemokratischen Gemeindepolitik, der Bodenreform und Landwirtschaft und des Wiederaufbaues der Internationale. Die Sozialversicherung wird das Parlament in der Frühjahrssession zu beschäftigen haben. Ihre Inangriffnahme war die Bedingung, von der die tschechischen Sozialdemokraten ihren Eintritt in die Regierung abhängig machten und nicht nur ihre politische Ehre, sondern auch ihre politische Zukunft hängt davon ab, ob es gelingen wird, diese allerwichtigste Gegenwartsaufgabe der sozialen Gesetzgebung zu lösen. Genosse Taub, der ausgezeichnete Kenner aller einschlägigen Fragen, wird auf dem Parteitag das Referat darüber erstatten. Ueber sozialdemokratische Gemeindepolitik wird der Bürgermeister von Bodenbach, Genosse Reitzner, referieren. Die Gemeinderatswahlen vor 2 Jahren haben uns einen großen Erfolg gebracht, aber auch die Last einer schweren Verantwortung. Die Gemeindefinanzen sind überall zerrüttet, die Aufgaben der kommunalen Fürsorge können mit den geringen Steuererträgen nicht gedeckt werden. Der Staat hat keine Mittel, die Gemeindefinanzen zu sanieren. Schulwesen, Wohnungsbau leiden unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Jahrzehnte hindurch hat eine bornierte Hausherrenpolitik in den Gemeinden, für die dem Großteil der Bevölkerung kein Wahlrecht zustand, geherrscht, und nun wird für die Unmöglichkeit, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die erkannten Aufgaben zu lösen, allenthalben die sozialdemokratische Partei verantwortlich gemacht. Diese Verantwortung zu tragen, wird um so schwieriger, als es neben den Mitteln auch vielfach an den erfahrenen Menschen fehlt. Wir mußten uns vielfach mit Menschen zweiter Garnitur behelfen, denen nicht nur die kommunalpolitische Erfahrung, sondern auch vielfach die sozialistische Einsicht fehlt und die in kleinen Gemeinden besonders auf den Namen der sozialistischen Partei sündigen. Ueber das vielumstrittene Thema: Sozialdemokratie und Landwirtschaft wird Genosse Jaksch sprechen, der sich in der Kleinbauernagitation agitatorisch betätigt hat und trotz seiner Jugend sich ein großes Wissen in den Fragen der Bodenreform erworben hat. Die bisherigen staatlichen Sozialisierungsverfügungen haben den Gedanken der sozialen Bodenreform kompromittiert. Was bisher geschehen ist, war eine Nationalisierung im schlimmsten Sinne des Wortes. Die ernste Frage, wie dem agrarischen Privileg gesteuert und der Notwendigkeit gesteigerter Erträge ein Weg gezeigt werden soll, ist bisher damit beantwortet worden, daß ein unfähiges Bodenamt durch Verteilung von Boden an Legionäre für ihre Verdienste im Kriege nationalistische Bodenpolitik getrieben hat. Dabei ist die Rechtslage kleiner Pächter ungeklärt. Die Massenproduktion von Gesetzen und Verordnungen über die Bodenfrage hat die Verhältnisse verwirrt. Auch eine Klarheit darüber, wie wir uns zu den Zeitproblemen der Agrarfrage zu stellen haben, besteht noch nicht, und es ist anzunehmen, daß hier ziemlich entgegengesetzte Anschauungen in der Diskussion vorgebracht werden. Den Schluß der Verhandlungen wird ein Referat des Abg. Cermak über den Wiederaufbau der Internationale bilden. Die deutsche Partei steht auf dem Boden der Wiener Arbeitsgemeinschaft, auf dem Boden der Internationale 2½, die tschechischen Sozialdemokraten stehen in der 2. Internationale, ein großer, vielleicht der größere Teil der tschechischen Arbeiter bekennt sich zu den Grundsätzen der kommunistischen Internationale. Das erschwert naturgemäß die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats unserer Republik noch mehr, als sie schon durch die inneren Kämpfe bestimmt wird. Die Aufgabe, das Proletariat der Welt auf eine der drei Internationalen zu vereinigen, ist augenblicklich unlöslich. Aber für die Schaffung eines proletarisch-politischen Zweckverbandes der sozialistischen Parteien innerhalb der tschechoslowakischen Republik, der zu einem Mittel des Proletarierkongresses werden könnte, wächst Notwendigkeit und Erkenntnis. Der Abbau des Bolschewismus in Rußland und in der Welt einerseits, die stärker werdende Reaktion des mit jedem Tage bürgerlicher werdenden Staates anderseits, verbessert die Hoffnungen auf eine Annäherung auch bei uns, und läßt den Kampf um den Wiederaufbau der Internationale auf einer mittleren Linie nicht mehr völlig aussichtslos erscheinen. So wird der politische Gedanke Seligas, unseres verstorbenen Parteiführers, bei der Erörterung von Cermaks Referat befruchtend wirken.

Lokales

Elberfeld-Barmen.

Und nun sitzt er warm in Kassel und ....

Der „V. V." (früher Bergischer Vorwärts) leistet sich in einem Artikel in der heutigen Ausgabe folgenden Anwurf gegen unseren Genossen Scheidemann:

„Und nun sitzt er warm in Kassel und leitet die Geschicke dieser Rentner- und Beamtenstadt, in der in den letzten Tagen allein ein Dutzend Kleinrentner sich aus Nahrungssorgen das Leben nahm, während ein zweites Dutzend an Unterernährung buchstäblich dahinstarb."

Dem V. V. ist natürlich nicht unbekannt, daß Oberbürgermeister Scheidemann in Kassel nicht „wärmer" sitzt als jeder andere nichtsozialistische Oberbürgermeister. Ja, wenn man die Arbeitsleistung zum Maßstab nimmt, wird es Scheidemann wohl kaum möglich sein, so „warm" zu sitzen, wie so mancher nichtsozialistische Oberbürgermeister. Aber diese Betonung des „warm" Sitzens und vor allem die „so nebenher" beliebte Verquickung mit den Verzweiflungsakten von Kleinrentnern zeigt klar, worauf es dem V. V. ankommt: dem Bürgertum zu zeigen, daß unter der Amtstätigkeit eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters „so etwas" vorgekommen ist, daß der sozialdemokratische Oberbürgermeister „warm" sitzt, während Kleinrentner sich das Leben nehmen, weil — das soll ja wohl jeder Leser schlußfolgern — der sozialdemokratische Oberbürgermeister nicht oder nicht so, wie es möglich gewesen wäre, für sie sorgte. Obgleich der V. V. anscheinend die Kasseler Vorgänge ziemlich genau verfolgt, wollen wir doch annehmen, daß er den Bericht, den das Kasseler städtische Nachrichtenamt über diese Vorkommnisse sowie über das, was für die Kleinrentner dort getan wird, nicht kennt. Aus diesem Bericht sei deshalb folgendes mitgeteilt:

„Ueber die Not der Kleinrentner ist in letzter Zeit manches Beachtenswerte in Zeitungen und Zeitschriften geschrieben worden, freilich auch manches, was einer strengeren Prüfung nicht standhielt. Jüngst wurde in Kasseler Blättern berichtet, daß eine Anzahl Kleinrentner freiwillig aus dem Leben geschieden seien und sieben der ärmsten Mitglieder des Rentnerbundes in wenigen Wochen an den Folgen von Unterernährung und Entkräftigung gestorben sind. Daß die jahrelange Unterernährung bei den meist kränklichen und alten Kleinrentnern Opfer fordert, ist wahrscheinlich; diese zu verhindern dürfte indessen kaum gelingen, weil leider die Lebenskraft vieler Menschen schon gebrochen ist. Die Verwaltung der Stadt Kassel hat als eine der ersten Städte Deutschlands in richtiger Erkenntnis der Lage der Invaliden und Kleinrentner bereits im Vorjahre besondere Fürsorgemaßnahmen eingeleitet; im April 1920 300 000 ℳ für die Fürsorge für Invaliden und wenige Monate darauf 150 000 ℳ für Kleinrentner bewilligt. Der Bund der Invaliden und der Bund der Kleinrentner haben dieses vorbildliche Vorgehen auch ohne weiteres anerkannt. Die Stadt Kassel hat aus den bewilligten Beträgen nicht nur einmalige Beihilfen an Invaliden und Kleinrentner, sondern auch laufende Unterstützungen gewährt, insbesondere in diesem Winter Beträge zur Beschaffung von Kartoffeln und Heizmaterial an alte Invaliden und Kleinrentner, die von der Stadt bereits unterstützt worden sind. Neben der städtischen Fürsorge hat der Verband Kasseler Frauenvereine ein Hilfswerk eingerichtet, das ebenfalls viel zur Linderung der Not speziell der Kleinrentner beigetragen hat. Insgesamt sind bis zum heutigen Tage von der städtischen Fürsorgestelle 1410 Invaliden und 735 Kleinrentner bereits unterstützt worden, davon über 600 Invaliden und über 200 Kleinrentner bereits zum zweiten Male. Für diese Zwecke hat die Stadt bis jetzt rund 620 000 ℳ verausgabt. Weitere 300 000 ℳ sind bereits angefordert und dürften von beiden städtischen Körperschaften bewilligt werden. Aus diesen Mitteilungen ist zu ersehen, daß die Stadt Kassel nach Kräften für Invaliden und Kleinrentner sorgt. Sie kann aber nur helfen, wenn sie auf notleidende Mitbürger aufmerksam gemacht wird, oder, was richtiger ist, wenn die in Frage kommenden Personen die Hilfe der Stadt in Anspruch nehmen. Im übrigen sei festgestellt, daß von den in der Zeitungsnotiz erwähnten Selbstmorden zwei aus Furcht vor künftiger Verarmung und Not erfolgten, also unter dem Eindruck einer seelischen Drucksituation, die kaum beseitigt werden kann. Die Stadt Kassel prüft alle Fälle, die ihr gemeldet werden, objektiv und hilft beim Vorhandensein von Notfällen in geeigneter Weise, soweit sie hierzu selbst in der Lage ist."

Nun mag der V. V. prüfen, ob die beklagenswerten Verzweiflungsakte die Folge davon sind, daß Kassel einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister hat und ob alle Großstädte mit nichtsozialdemokratischen Oberbürgermeistern das für die Kleinrentner tun, was Kassel tut. Daß auch diese Leistungen nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind, weiß natürlich Scheidemann ebenso gut, wie der V. V. nicht zu wissen scheint, daß nicht nur die Kasseler Kleinrentner, sondern die aller Städte, einschließlich Elberfeld-Barmen, in einer verzweifelten Lage und Stimmung sind und daß nicht nur in Kassel, sondern auch anderwärts so mancher Kleinrentner dem Elend gewaltsam ein Ende bereitet hat. Diese Armen sind die von der kapitalistischen Profit- und Wucherwirtschaft am schlimmsten zertretenen Opfer. Daß die Zahl der Opfer in Kassel in den letzten Wochen etwas größer ist als anderwärts, dafür kann der Kasseler Oberbürgermeister nichts. Wohl aber dafür, daß kein Oberbürgermeister so angefeindet wird, wie gerade der Kasseler. Denn wie kommt auch der Kasseler Oberbürgermeister dazu, Scheidemann zu heißen und Führer der ††† Sozialdemokratischen Partei zu sein!

Barmen, 17. Dezember.

Aus dem Stadtparlament.

Allerlei „Weihnachtsliebesgaben" für die Bevölkerung. — Erhöhung der Wasserpreise. — Eine 146 Millionen-Vorlage. — Unterstützungsaktionen des Wohlfahrtsamtes. — Das Steuerangebinde. — „Auf den Hund gekommen."

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung verabschiedete zunächst einige Nachbewilligungen zum Haushaltsplan, ferner 300 000 ℳ für die Unterhaltung von Straßen- und Bürgersteigen infolge Erhöhung von Materialpreisen und Löhnen. Gleichfalls zugestimmt wurde einigen Baufluchtlinienänderungen. — Für die Regulierung der Bürgerallee wurden 30 000 ℳ bewilligt. Die Regulierung ist notwendig geworden infolge der Bebauung der Bürgerallee an der Ostseite. Bei dieser Gelegenheit bemängelten Stadtv. Dr. Vorsteher und Genosse v. Döringk, daß die Neubauten zu nahe an die Baumreihe herankommen. Außerdem wünschte Genosse von Döringk die Regulierung der Falkenstraße. Die Verwaltung sagte Prüfung zu. — Die

Erhöhung der Krankenhauspflegesätze

sieht folgende Regelung vor: Die Sätze werden erhöht in der 1. Klasse: Einheimische von 70 auf 80 ℳ, Auswärtige von 80 auf 95 ℳ; in der 2. Klasse: Einheimische von 45 auf 50 ℳ, Auswärtige von 55 auf 65 ℳ; in der Klasse Ab: Zuschlag auf 1. Klasse 8 ℳ unverändert 8 ℳ; in der 3. Klasse: Einheimische von 27 auf 35 ℳ, Auswärtige von 33 auf 40 ℳ; für Begleitpersonen: 1. Klasse: Einheimische von 55 auf 60 ℳ; 2. Klasse: Einheimische von 40 auf 50 ℳ; für Kinder: Einheimische von

„Auf die Schanzen".

Eine Erinnerung an die kappistischen „Verfassungsschützer".
Von Fr. Olk.
(Schluß)

Da im Hauptquartier der Putschisten kein Mensch etwas von einem Verbot der Brandenburger Zeitung gesagt hatte, hielt ich es für selbstverständlich, daß unser Parteiorgan erscheinen dürfe. Daran war mir viel gelegen, weil Berlin und Spandau keine Zeitung herausbringen konnten und sich so eine ungeahnte Möglichkeit für den Absatz unserer Zeitung ergab. Die Schildwachen mit Stahlhelm, Karabiner, Dolch und Handgranaten standen noch immer vor dem Abziehapparat, während unsere Maschinensetzer in aller Ruhe weiter tippten. Im Nu hatten wir denn auch unser Blatt fertig. Die ersten Exemplare gingen heraus. „Brandenburger Zeitung!" „Das Allerneueste vom Putsch!" Auf den Straßen riß man sich um die Blätter. Nun kam aber auch das dicke Ende. Graf Mirbach erschien mit „aufgepflanzter" Begleitung an der Rotationsmaschine und kaufte auch ein Exemplar. Ich hatte, wie das nur meine Pflicht war, den blutigen Einzug der Truppen wahrheitsgemäß in einem Leitartikel behandelt und Oberstleutnant von Viereck und seiner Gesellschaft wirklich nichts geschenkt. Während wir uns nun bemühten, möglichst viele Exemplare zu drucken und herauszubringen, kam ein Oberleutnant in Ulanenuniform, der die Zeitung zensieren wollte. Das wiesen wir natürlich zurück, worauf jener mit Gewalt drohte. Nun warf ich ihm ein Exemplar hin mit der Aufforderung, nur immer zu zensieren! Der Herr Oberleutnant fing auch an. Und wie?! Von meinem Leitartikel blieb nichts anderes stehen als das wirklich neutrale Geschlechtswort „Das". Ein ähnliches Schicksal hatten meine „Drahtnachrichten", die ich mir notdürftig aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes besorgt hatte und die von einer überaus günstigen Gegenwehr gegen den Kapp-Putsch berichteten. Der Blaustift raste. Der Oberleutnant war wirklich ein eifriges Kerlchen. Er ging sogar noch weiter und zensierte diejenigen Meldungen, die das Wolffsche Telegraphenbureau im Auftrage der Kapp-Lüttwitz-Regierung am Morgen übermittelt hatte. Also zensierte er Kapps Pressechefs. Wie man diese nun in Leipzig kennen gelernt hat, kann das weiter nicht wundernehmen. Besonders reizten ihn „militärische" Nachrichten. Meldungen, die nichts von Zusammenstößen usw. besagten, interessierten ihn weniger. Er schien auch Lehre annehmen zu wollen und in manchen Fällen frug er, wie das oder jenes eigentlich gemeint sei. Wir gaben dann bereitwilligst nach „unserer Art" Auskunft und so blieb manches stehen, was für uns von ungeheurer Wichtigkeit war. Auf die Dauer hätten wir den Burschen schon erzogen. Ich will nicht hoffen, daß Oberstleutnant von Viereck diesem Zensor auf Grund seiner geistigen Fähigkeiten die Zensur über die Brandenburger Zeitung anvertraute. Wenn der Herr Oberleutnant-Zensor sich auch „politisch" orientieren ließ und ab und zu seinen Blaustift schonte, so war doch, als er sein „bürdevolles" Amt vollendet hatte, wirklich nicht mehr viel von unserer Zeitung übrig geblieben. Mit einem Jubelgeheul stürzten sich aber unsere Setzer über die Platten, um die zensierten Stellen „auszusticheln", denn es war unter uns schon vorher abgemacht, daß neben der „zensierten" Zeitung natürlich auch eine unzensierte hergestellt werden sollte. Da der Abziehapparat noch immer treu und brav bewacht wurde, gelang der Streich auch und so bekam jeder Abonnent und Käufer neben einer richtiggehenden Zeitung die mit den „weißen Flecken" gratis. Das Gelächter war allgemein. Aber nun verbot Herr Oberstleutnant von Viereck, getreu seiner Aufgabe, die „Verfassung zu schützen", das Erscheinen der Zeitung gänzlich. Als man erst dahinter kam, welch' wertvolles Objekt für die Herstellung einer Zeitung die Posten mit Stahlhelm usw. in der Setzerei in dem Abziehapparat bewachten, wurde mir das Betreten der Druckerei für immer untersagt. Am Tage geschah nun weiter nichts. Nachts wollte man mich wiedermal verhaften. Jedoch war die Türe wieder offen, der Vogel aber ausgeflogen.

Aber man muß sich zu helfen wissen, nochdazu die Situation es unbedingt notwendig machte, daß die Parteileitung auf die Lügen der Kapp-Regierung antworten und Flugblätter herausbringen mußte. Und ich wußte zu helfen. Hatte man mich herausgeworfen, so saßen die Setzer und die Telephonbedienung noch immer im Gebäude. Da uns der Befehl bekannt gemacht wurde, daß jede Druckerei, die den Anordnungen zuwiderhandelte, zerstört werden sollte, sahen wir von der weiteren Herausgabe der Brandenburger Zeitung ab, stellten aber „Extrablätter" des Berliner Tageblattes her, in denen wir neben den neuesten Nachrichten auch in der Form von Telegrammen der Bevölkerung von den Beschlüssen der Streikleitung regelmäßig Kenntnis gaben. Fast zwei Tage lang fielen die Putschisten auf diesen Schwindel herein. Sie überwachten das Postamt jetzt sehr genau und fahndeten eifrig nach dem Mann, der dem „Berliner Tageblatt" die Nachrichten heruntertelephonierte. Wahrscheinlich durch Spitzel wurde die ganze Geschichte dann verraten. Das Personal der Brandenburger Zeitung durfte ebenfalls das Gebäude nicht mehr betreten, als man den nichtabgelegten Satz der Extrablätter in unserer Druckerei fand. Der Satz wurde nämlich in der Setzerei der Brandenburger Zeitung hergestellt und der Faktor Wolfgang nahm ihn dann unter seine Jacke und so transportierten wir ihn zu einer bürgerlichen Druckerei, wo wir die „Extrablätter" und unsere Aufrufe in beliebiger Anzahl herstellten. Auch diese Druckerei wurde durch Spitzel ausfindig gemacht. Am Donnerstag, als das Kapp-Abenteuer in Berlin fast erledigt war und die Putschisten in Brandenburg äußerst nervös wurden, z. B. Häuser nach Waffen durchsuchten, Handgranaten in den Straßen warfen, Frauen und Männer wahllos verhafteten und eifrig in Richtung Magdeburg aufklärten, drang ein Aufgebot von Kavalleristen in die Druckerei ein, in der wir das „Extrablatt des Berliner Tageblatts" herstellten. Unsere Genossen die fest an der Arbeit waren, konnten flüchten. Die Maschinen, darunter Setzmaschinen, Schnellpressen usw., wurden mit Handgranaten zerstört. An einer Maschine hat man sogar geballte Ladungen angebracht, um sie völlig zu vernichten. Die Setzkästen warf man auf einen Haufen, so daß die Buchstaben meterhoch durcheinanderlagen und fürs erste nicht mehr zu gebrauchen waren. Der Schaden ging nach damaligem Geldwert schon an eine Million Mark. Ob der Besitzer heute entschädigt worden ist, weiß ich nicht. Man hat sich lange darum gestritten und u. a. die Theorie aufgestellt, daß der Ort, aus dem die Aufrührer gekommen waren, mit entschädigungspflichtig sei. Danach hätten die Potsdamer Bürgerschaft und irgendwelche kleine Nester in der „Streusandbüchse des heiligen römischen Reiches" für die Exzesse dieser Kapp-Banditen aufkommen müssen.

Aber vom „Publizieren" brachten die Putschisten mich auch jetzt noch nicht ab. Der Zentralverband stellte streikende Stenotypistinnen. Im Halbdunkel des Stadttheaters diktierte ich, was die Streikleitung zu sagen hatte und jeden Morgen klebten unsere Zettel in den Arbeitervierteln. So ungefährlich war das nicht. Aber die Kapp-Gesellschaft hat's gerügert.

Die Zerstörung der Druckerei war auch der letzte Streich, den sich das Detachement Potsdam in Brandenburg leistete. Als sich die Situation in Berlin geklärt hatte, verschwanden sie bei Nacht und Nebel, wie Räuber und Diebe. Wir ließen sie in Gottes Namen ziehen. Die Gesellschaft hätte es noch mit Freuden begrüßt, wenn sie in der letzten Nacht noch ihr Mütchen an der Bürger- und Arbeiterschaft hätte kühlen können. Aus ihren Schlupfwinkeln aber in Potsdam schimpften sie wie die Rohrspatzen auf die „Spartakisten" in Brandenburg an der Havel. In dem dortigen deutschnationalen Organ behaupteten sie lange Zeit mit seltener Hartnäckigkeit, daß sie in Brandenburg nur „Ruhe und Ordnung wieder herstellen und die Verfassung schützen wollten". Das Reiter-Regiment Nr. 4, das den Hauptteil des Detachements Potsdam bildete, ist späterhin umorganisiert worden. Soweit die beteiligten Offiziere der Reichswehr angehörten, sind sie entlassen worden. Sonst ist ihnen nichts geschehen. Von Hülsen und auch von Viereck fielen mit unter die Amnestie. Andere Ereignisse kamen, u. a. die Unruhen in Rheinland und Westfalen. Außerdem lag die ganze Kapp-Gesellschaft noch in „guter Form" vor den Toren Berlins und war immer noch eine große Gefahr für die sich umbildende Regierung. Wir konnten die Verhältnisse in Rheinland und Westfalen allerdings von dort aus nicht in vollem Umfang beurteilen. Wir hielten die Bewegung aber damals, aus unserer Situation heraus, für die größte Dummheit, die überhaupt begangen werden konnte. Wenn man sich heute über die Amnestie wundert und ärgert, so darf man nie vergessen, daß die Regierung aus einer ganz bestimmten Zwangslage heraus handelte und daß die aufflammenden Unruhen und die heftige Agitation gegen die Regierung durch Kommunisten und Unabhängige den „Schildbürgerstreich der Amnestie" mit veranlaßt hat. Mag man die Bewegung hier im Westen auch betrachten wie man will. Militärisch wären die Freikorps im Westen mit dem Zusammenbruch des Berliner Unternehmens sowieso erledigt gewesen. Politisch hat sie nur den Kappisten genutzt und der Regierung manche Konzession abgezwungen, an die unter anderen Umständen gar nicht zu denken gewesen wäre.

Die mannhafte Haltung, die gerade die Mehrheitssozialisten in jenen Tagen der Gefahr gezeigt hatten, vor allem die kluge und geschickte Taktik hat zu guter Letzt auch über die Seele des an und für sich sehr skeptischen und kaltschnäuzigen Brandenburger Arbeiters entschieden, um den sich, besonders vor den Reichstagswahlen im Juni 1920, Kommunisten und Unabhängige unter Dransetzung aller Mittel bewarben. Der Brandenburger aber glaubte nicht an die „mehrheitssozialistische Arbeiterverräterei", die wir, nach den Aussagen der Kommunisten und Unabhängigen, die sich z. B. in Berlin während der Kapptage kaum bemerkbar machten, nach den Aussagen dieser Demagogen auch während des Kapp-Putsches begangen haben sollen. Er hat in den Stunden der Not etwas anderes gesehen. Zu Hunderten trat man der verlästerten SPD. bei. Kommunisten und Unabhängige verloren damals in unserem Residenzstädtchen den letzten Boden, u. a. gewann unser Parteiorgan, die Brandenburger Zeitung, sofort nach dem Abzug der Truppen weit über 1200 Abonnenten. Bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 erhielten wir über 16 000 Stimmen, während die Unabhängigen kaum 1000 und die Kommunisten 200 Stimmen aufbrachten. Wir hatten damit doppelt soviel Stimmen als alle anderen Parteien, mit Einschluß der bürgerlichen, und Brandenburg a. d. H. hatte seinen guten Ruf als Hochburg der Mehrheitssozialdemokratie und „Roskestadt" von neuem bewährt.

Weihnachts-Anzeiger

Elberfeld — Barmen

Fritz Brune
Mittelstr. 31 **Barmen** Mittelstr. 31
gegenüber S. u. R. Wahl.
Uhren, Gold- und Silberwaren
Optische Artikel
Reelle Bedienung :-: Billigste Preise.

Weihnachtswünsche

in **Weinen** von 12.— Mark an
Likören und **Branntweinen**
befriedigen Sie am besten in der
Ewigen Lampe
Ewald Lantermann,
Fernspr. 2166 **Elberfeld** Bachstr. 87
gegenüber der Karlstraße.

Hermann Goldschmidt
Barmen-Rittersh.
Berlinerstr. 57a. Heckinghauserstr. 187.
Kaufhaus für Haus- und Küchengeräte
Große Auswahl. Billigste Preise.
Spielwaren, Christbaumschmuck.

Schmucksachen
Uhren, Verlobungsringe
größte Auswahl, billige Preise.
Oskar Iser Barmen, Wertherstr. 58.

Gitarren
Mandolinen, Lauten, Violinen, Akkordzithern, Konzertzithern, darunter die hochfeinsten **Arionzithern, Ziehharmonikas** (klangvollste Instrumente), **Notenständer, Violinkasten** usw. zu den billigsten Preisen zu verkaufen.
Franz Kranefeld,
Elberfeld, Wilhelmstraße 13.

Als schönste Weihnachtsgeschenke
empfehle

Korbmöbel, Puppenwagen, Kindertische und Bänke, Straßenrenner usw.
sowie sämtliche
Spielwaren.
Max Knape, Korbwarenfabrik
Elberfeld, Hoohstr. 90.

Praktische Weihnachts-Geschenke
Durch rechtzeitige große Einkäufe biete ich Ihnen auch heute noch prima Qualitäten zu vorteilhaftesten Preisen in
Sport-Ausrüstungen u. Geräte

TOURISTEN-FLIERL
Elberfeld Kaiserstr. 36 ‖ Wertherstr. 37 **Barmen**
Spezialität: **Echt Münchner Loden- und Sport-Bekleidung.**

Herren-Hüte
Umpressen, Reinigen, Aufbügeln, Wenden für **22** Mark
in bester Ausführung.
Rudolf Voß,
Elberfeld, Hoohstr. 79.

Backgewürze
Backpulver
Backessenzen
Puddingpulver
Himbeersaft

Arrak
Rum
Weinbrand
Ia Kornbranntwein
Liköre
Punsche

Parfüme
Seifen
Toilettenartikel

Photoapparate
Photoartikel

Beste Qualitäten.
Grosse Auswahl.
Drogerie Richter
Barmen, Mittelstr. 18

Jahrräder
Presto **Göricke**
Türkopp **Kayser**
in **all. Ausführungen** vorrätig.
Albrecht Bäumer,
Barmen, Rudolfstr. 158.
Fernsprecher 4710.

Bessere Nähmaschine, gutes Fabrikat, preiswert zu verk. Teilzahlung gestattet. — Hafiel, Elberfeld, Klotzbahn 30, 2. Etage.

Neue Gardinen,
der Weihnachtswunsch jeder Hausfrau.
*
Garnituren aus Etamine, Madras, Phantasie- u. Tüllgewebe
gediegen, schön und doch billig!
Vertrieb von Erzeugnissen sächs. Gardinen-Fabriken
Georg Methner & Co.,
Elberfeld, Herzog- und Grünstraßen-Ecke, 1. und 2. Etage.

Korsettfabrik N. Röttgen
Korsetts Reformleibchen Büstenhalter.
Elberfeld, Burgstr. 1.

Hugo Grosse Nachf.
Barmen-Ritt. Berlinerstr. 110 Gegr. 1872.
Grosse Auswahl in
Uhren, Juwelen, Gold- und Silberwaren.
Trauringe
ohne Lötfuge, erstklassige Ausführung.

Woche bis Weihnachten
Versäumen Sie nicht, rechtzeitig von unserem sehr günstigen
Weihnachtsangebot
in guten
Schuhwaren
Gebrauch zu machen.
Große Posten warme **Hausschuhe** aller Art sehr preiswert.
Besichtigen Sie bitte unsere Ausstellung.
Marzella-Schuhhaus
Vohwinkel, Königstr. 11.

Für Schuhmacher!
Lederabfälle für Absätze, Kappen u. Brandsohlen, pro Pfd. 8 Mk., abzugeben
Otto Temme,
Lederwarenfabrik, Elberfeld, Wiesenstr. 51.

Nur für Kenner!
Steinhäger 1-Ltr.-Krug 65.00 M.
Münsterländer 1-Ltr.-Krug 42.50 M.
Nordhäuser 1-Ltr.-Krug 54.00 M.
Klaren 3/4-Ltr.-Fl. 31.00 M.
Walter Wiebecke,
Barm.-Wichl., Westkotter- und Leonhardstraßen-Ecke.

Prachtvolle Pelze
zu meinen weit und breit bekannt billigen Preisen.
Strengste Reellität
wie seit **20** Jahren bekannt.
Schw. u. farb. Pelze auf Seide gearbeitet von **79.–** an
Kinder-Garnituren weiß u. farbig reizend, von **70.–** an
Herren-Kragen v. **75.–** an
Frauen-Kragen modernste Formen von **145.–** an
Frauen-Kragen prachtvolle gr. Form v. **295.–** an
Echte Füchse in allen Preislag. v. **395.–** an
Kreuz- und Silberfüchse
Alaska- und Zobelfüchse
Muffen in all. Fellart. v. **125.–** an
Seal-El.-Kragen in elegant. Ausführungen.
Echte Skunkse
Skunksopossum
sowie alle Fellarten äußerst **preiswert.**
Pelzhüte,
ausgesucht kleidsamste Formen zu bill. Preisen.
Reisevergütung bis 10 M. bei Einkauf von 200 Mark an.
V. Freitag abd. 5 Uhr b. Samstag abd. 5 Uhr **geschlossen.**
Matilde Simon,
Elberfeld, Herzogstr. 30 I. Stock gegenüber Bankstraße.

Trauringe
Verkauf billigst! Nach Gewicht!!
Besichtigen Sie bitte meine reiche Auswahl in
Uhren-, Gold- u. Silberschmuck
und überzeugen Sie sich von deren Preiswürdigkeit.
W. Siebel,
Barmen-Wupperfeld, Berlinerstraße 23.

Unterhaltungs-Spiele
in großer Auswahl empfiehlt:
Buchhandlung Freie Presse.

Schäfer
Elberfeld
Herzogstraße **30.**
Spezial-Geschäft solider, eleganter Schuhwaren aller Art in hervorragender Auswahl zu reellen Preisen.

Nur bei L. Jonas
Wuppertal-Barmen 46 gegenüber Bürgerstr.

kauft man billig und gut noch zu alten Preisen:
Offenbacher Lederwaren,
Damentaschen, Geldscheintaschen usw.
Da selbst schwerverwundeter, gewähre allen Kriegsleidensgefährten auf sämtliche Lederwaren 5% Extra-Rabatt.

Der Wandkalender
der Freien Presse ist erschienen.
Preis 50 Pfg.

Uhrenkauf — Vertrauenssache
Schweizer Uhrmacherei **Knoll** BARMEN Fischertalerstr. 25.
Grosses Lager in modernen Uhren aller Art.
Taschenuhren, Stand-, Wand-, Küchen- und Weckuhren.
Goldwaren: Spez.: Fugenlose Trauringe.
Eigene Uhrmacherei für Reparaturen aller Art.
Fachmännische Bedienung. Ia Referenzen.

Guten Morgen, Elli! Schon Toilette gemacht? Wie? Ihrer Einlieferung verfügt. Das Neugeborene starb schon auf
[illegible] während du [illegible] dem Transport.

Bei 84 Grad Kälte auf, mußte aber, da das Thermometer unter [illegible] wieder auf 55—57 Grad unter Null [illegible] hat nachgegeben. Es kommt nicht zum Kriege. Der Student (heiter, selbstbewußt): Selbstredend kommt es [illegible] kann, noch wenigen Tagen umkehren, da die Hunde einer solchen Kälte auf die Dauer nicht gewachsen gewesen wären. Endlich, am zum Kriegel Weiten, boh? Der andere Kleinbürger (eigensinnig): Ich habe doch

Ein anderer Kleinbürger: Ich habe gelesen, Belgrad

Preiswert!

Ab Dienstag grosser Weihnachtsverkauf von

Gänsen, Hasen, Schinken

in der Kartenstelle Reichshof.

Preiswert!

Städt. Lebensmittel-Ausgabe, Elberfeld.

Woche vom 17. bis 23. Dezember 1921.

Brotkarten. Belieferung wie zuletzt (51).
Kinderkarte. Brot (25). Zwieback gegen Rückgabe der alten Karte.

Achtung!

Außerdem auf die **neue** Brotkarte ab Montag, den 19. Dezember, 1½ Pfund schneeweißes Weizenmehl **gegen Entwertung von 2 Pfund Brot** in der **Einheit der nächsten Brotkartenwoche 52, und bei Kinder- und Zwiebackkarte gegen Abtrennung des Brotfeldes 52** (das Pfund Mk. 2.60 ohne Tüte; die Tüte bis zu 3 Pfund kostet 10 Pfg.)

Diese 1½ Pfund Mehl pro Kopf kommen in der **nächsten** Brotkartenwoche **52** zur Anrechnung, und zwar als 2 Pfund Brot, so daß also in Woche 52 auf Brotkarte nur 2 Pfund Brot und auf Kinder- und Zwiebackkarte nur 1 Pfund Brot **gegen Lochung, nicht Abtrennung,** des Brotfeldes zur Ausgabe gelangen.

Der Anspruch auf dieses Mehl erlischt mit dem Ablauf des 30. Dezember.

Preis für Zwieback, Keks und Brezeln Mk. 8.50 das Pfund.

Die bei Wd. Schadewald, Flensburgerstr. 42, angemeldeten Kunden erhalten ab 16. Dezember ihre Waren und Brot bei Emma Lobhof, Flensburgerstr. 66.

Ablieferung an die Verteilungsstelle. Montag: Milchkartenabschnitte und Wochenliste. **Donnerstag:** Abschnitte der Brotkarten.

Verordnung

über das Inkrafttreten des Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 (Reichs-Ges.-Bl. S. 845).

Auf Grund des Artikels IV, Satz 2 des Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 (Reichs-Gesetzblatt Seite 845) wird hiermit bestimmt:

Die Vorschriften des Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 treten mit dem 1. Januar 1922 in Kraft, soweit sie nicht schon gemäß Artikel IV, Satz 1 dieses Gesetzes in Kraft getreten sind.

Berlin, den 25. November 1921.

Der Reichsminister der Finanzen:
ges. Dr. Hermes.

Bekanntmachung.

Der Händler Emil Sonnenschein in Elberfeld, Gesundheitstraße 9, ist durch Urteil des Wuchergerichts in Elberfeld vom 1. Dezember 1921 wegen übermäßiger Preissteigerung zu drei Monaten Gefängnis und zehntausend Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Elberfeld, den 13. Dezember 1921.

Der Oberstaatsanwalt.

Lebensmittelausgabe in Barmen.

Amerik. Weizenmehl. Einheit **500 Gr. zu 3,75 Mk. gegen Vorzeigung der Brotkarte ab 21. Dezember** an die eingetragenen Kunden in den Bäckereien und Brotverkaufsstellen. **Der Verkäufer hat die Abgabe auf der Brotkarte zu vermerken.**

Barmen, 16. Dezbr. 1921. **Der Oberbürgermeister.**

Verordnung betr. Brot- und Mehlpreise.

§ 1. Auf Grund des § 34 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 (R.-G.-Bl. S. 737) und des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 in Verbindung mit den hierzu ergangenen Bekanntmachungen und Abänderungen werden die Höchstpreise für den Verkauf von rationiertem Brot und Mehl an die Verbraucher unter Aufhebung meiner Verordnungen vom 28. April 1920 und 12. August 1921 wie folgt festgesetzt:

Schwarzbrot (4 Pfd.)	7.30 Mk.
Grau- oder Mangbrot (3 Pfd.)	6.— „
Weißbrot (85%iges W.-Mehl, 2 Pfd.)	4.20 „
3 Brötchen (85%iges W.-Mehl, je 75 Gr.)	1.20 „
350 Gr. Roggenmehl (85%ig)	1.60 „
350 Gr. Weizenmehl (85%ig)	1.70 „

§ 2. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 6 des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914, in der Fassung vom 17. Dezember 1914, in Verbindung mit den hierzu ergangenen Bekanntmachungen und Abänderungen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu zehntausend Mark — sofern nicht § 49 Ziffer 5 der Getreidegesetzgebung für die Ernte 1921 eine höhere Strafe zuläßt — oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 3. Abgesehen von der Bestrafung können die Verkaufsstellen solcher Verkäufer, welche die Höchstpreise überschreiten, durch die Polizeibehörde geschlossen werden.

§ 4. Obige Brot- und Mehlpreise sind in den Verkaufsstellen an sichtbarer Stelle zum Aushang zu bringen.

§ 5. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Barmen, 17. Dezbr. 1921. **Der Oberbürgermeister.**

Für bedürftige Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung kann das Wohlfahrtsamt in begrenztem Umfange in Fällen besonders großer Not Sondergaben gewähren. Anträge nehmen die Bezirksvorsteher und Bezirkspfleger sowie die Unterstützungsabteilung des Wohlfahrtsamts im neuen Rathause, 2. Obergeschoß, entgegen, und zwar im Zimmer 183 (Eingang Neubruch) für Antragsteller mit dem Anfangsbuchstaben D, H, L oder S, für alle andern in den Zimmern Nr. 163, 164 und 165 (Eingang Wegnerstraße). Rentenbescheid und Ausweis sowie Unterlagen für etwa vorhandenes Arbeits- und sonstiges Einkommen sind vorzulegen.

Barmen, 17. Dezbr. 1921. **Wohlfahrtsamt.**

Mittwoch trifft ein Waggon

Waschmaschinen und Kastenwagen

ein.

Sohnakenberg, Elb.,

Parade- und Neustr.-Ecke bis Robertstr. 4.

ASTRA
LICHTSPIELE
Barmen, Altermarkt 4.

Der Doppelmord von Serajewo

nach Aufzeichnungen eines Politikers, in 6 erschütternden Akten.

Das Floß der Toten

Ein Sensationsfilm grössten Stils, mit **Aud Egede Nissen** und **Otto Gebühr.**

Nobody.

Schwaferts Saalbau
Sonnborn.
Jeden Sonntag:
Konzert und Tanz.
Jeden Mittwoch:
KONZERT.
Anfang 4 Uhr.

Sieges-Theater
Elberfeld, Schwanenstrasse

27 Akte! 27 Akte!
Abermals ist es uns gelungen, **2 Teile zusammen** zur Vorführung zu bringen in **12 Akten.**

Der grosse Abenteurer-Sensationsfilm:
Der Räuber der Wüste.
Das Verbrechen d. la Rochelle.
Gewaltiger italienischer Grossfilm mit spannenden Verfolgungen.
Ferner der grosse Sensations-Sittenfilm mit **Rita Clermont, Charles Will Kaiser:**
Kaukasische Blutrache.
Ein tief zu Herzen gehendes Liebesdrama in 6 Akten
Gleichzeitig der grosse Monumentalfilm:
Wein—Liebe—Tod
oder: **Vertauschtes Leben.**
Abenteurerfilm in 6 Akten. — Sowie:
Konditor Emil.
Allerliebstes Lustspiel in 3 Akten.
27 Akte! 27 Akte!

Freie Volksbühne des Wuppertals
Stadttheater Elberfeld:
Tannhäuser.
Gr. Oper von Rich. Wagner. Gr. Beitrag 9.— Mk.
Mittwoch, den 21. Dezember, abends 7 Uhr, für die Mitgl.-Nr. 1—900. **Freitag,** den 23. Dezbr., abends 7 Uhr, für die Mitgl.-Nr. 901—2000 und diejenigen Mitglieder, welche am 5. Dezember nicht berücksichtigt werden konnten.
Für die **Kinder** unserer Mitglieder wird am 2. Januar in Elberfeld und am 6. Januar in Barmen **„Peterles Mondfahrt"** gegeben (einmalig und ohne Abnahmezwang). Nähere Ankündigung folgt.

Klotzbahn 3. Klotzbahn 3.
Geschäfts-Eröffnung.
Der geehrten Kundschaft zur Nachricht, daß ich das **Lebensmittelgeschäft von Krull, Klotzbahn 3,** käuflich erworben habe und bitte, mich mit dem gleichen Vertrauen zu beehren. Für tadellose Bedienung ist gesorgt.
Hochachtungsvoll
Johann Ritter,
Elberfeld, Klotzbahn 3.

Der Schuh
ist das nützlichste Weihnachtsgeschenk
Sie finden bei mir noch zu den **billigsten Preisen:**
Herren- und Damenstiefel, Halbschuhe, Turn-, Gummi-, Haus-, Kamelhaarschuhe, Sandalen in größter Auswahl,
Fußballstiefel Marke „Stopp".
Ausserdem erhielt ich einen grossen Posten
Damen-Halbschuhe . . Mk. 175.—
Kräftige Schulstiefel mit Doppelsohlen.
Es gelangt nur einwandfreie Ware zum Verkauf.
Schuhhaus Chr. Schnautz,
Barmen, Reform. Kirchstr. 7.
Telephon 5571.
Spezialgeschäft für bequeme Schuhwaren.

Trauringe
in jedem Goldgehalt, noch in allen Weiten vorrätig.
Ferner:
Goldene und silberne Uhren
(neue und gebrauchte)
Ketten, Ringe u. sämtl. Schmucksachen
wie schon lange bekannt alles unter Garantie
staunend billig!
T. beeser, Elberfeld
nur Grünestr. 28, I. Etage, Fernruf 527.
NB. Uhren, Silber und Gold nehme zu reellen Preisen in Zahlung.
Sonntag ist mein Geschäft von 2-6 Uhr geöffnet.

Apollo
-Theater
Barmen, Neubruch 21.
Fernsprecher 3136.
Sonntag, den 18. Dezember, abends 7½ Uhr:
Die Herren Söhne
(Prachtmädel).
Ulkom. Schwank in 3 Akten.
Sonntagnachmittag 3 Uhr
bei halben Preisen:
Wie Fritzchens Höllenfahrt.
Weihnachtsmärchen in 5 Bildern von Emil Funke.
Vorverkauf von 11—1 Uhr an der Theaterkasse.

Zurück.
Dr. Klietsch
Augenarzt, Barmen.
Neuerweg 50, Ecke Poststr.

Schwarzbach.
Kinder-Sterbekasse
Einigkeit Nr. 3
2. Zahlstelle:
Restaur. **Paul Arens,** Wittenerstraße 21.
Sonntag, 18. Dezbr., nachm. von 4—6 Uhr:
Einzahlen der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.
Aufnahmefähig sind Kinder von ½—14 Jahren und kommen dieselben nach 9 mal 4 Wochen im Genuß. Das Einschreibegeld beträgt b. 10 Jahre 50 Pfg., v. 10—12 Jahren 2 Mk., von 12—14 Jahren 5 Mk. Der vierwöchentl. Beitrag beträgt pro Kind 80 Pfg. Die Kasse zahlt an Sterbegeld b. 7 Jahre 250 Mk., von 7—15 Jahren 300 Mk., v. 15—25 Jahren 350 Mk., v. 25—40 Jahren 400 Mk., über 40 Jahre 500 Mk.

Asthma
kann geheilt werden. Sprechstund. durch Spezial-Arzt in **Elberf.** jeden Dienstag, von 9—2 Uhr, Gasth. Germania, Brückerstr. 44.
Prof. berches Inst.
Zuchberg So.

Schnürriemennadeln
billig und gut.
Aug. Markmann & Co.
Maschinenfabrik.
B., Bredderstr. 23.

Hämorrhoidalleiden
sowie Magen- u. Darmerkrankungen aller Art werden selbst in veralteten Fällen rasch und sicher durch
Dr. Zieglers „Nymphogastrin"
beseitigt. Seit Jahren mit glänzenden Erfolgen erprobt, ärztlich verordnet u. empfohlen. Preis Mk. 20. Nur zu beziehen durch das Generaldepot Nymphenburg-Apotheke, München-Nymphenburg H 23.

Pianos
in verschiedenen Holzarten preiswert
Otto Spechte G. m. b. H.
Pianoh. **Elberfeld.**
Königstr. 24. Tel. 4786.

Damen-Mäntel,
Herren- und Knaben-Anzüge,
Schlüpfer,
Strickjacken, Kleider, Röcke, Blusen, Korsetts, Schirme, Bett- u. Leibwäsche, Schürzen, Gardinen usw. Nur neue, hochmoderne Sachen.
Sicheren Leuten Teilzahlung gestattet.
Grah, Elberfeld,
Wasserstraße 10, an der Hofstr.
Telephon 400.

Plüsch- u. Lodenstoff-Reste
mit Friedensmaterial gepostet, verkaufe ich, solange noch Vorrat reicht, zu billig. Preisen. Polstermöbelgeschäft **Jüngst,** Barm. Neustadtstr. 4. Fernruf 3197.

Nebenmeller, brauner **Fleischmantel,** für mittleren Figur, neu, Schneiderarbeit, umständeh. billig zu verk. Zu erfragen bei Bertram, Elb., Gartenstr. 14, II.

Grammophon m. Pl. billig zu verk. **Schmid,** Elberfeld, Bergstr. 38 a.

Gut erh. **Laterna Magica** billig zu verkaufen. H. Scheerer, Elb., Nützenbergerstraße 205, I.

Für die Herstellung kombinierter Massenschnitte suchen wir mehrere selbständ. **Stempelbrecher** (Dauerstellung). Angebote unter Nr. 928 an die Geschäftsst. der Fr. Presse B., Mst. Kirchstr. 13/15.

Ziehung 1. Klasse 20. u. 21. Dezbr.
Preuß. Klassen-Lott.
600 000 Lose mit 275 000 auf 5 Klassen verteilten Gewinnen und Prämien
172 Millionen Mark
der höchste Gewinn auf ein Doppellos
3 Millionen Mark bar
2 × **750000** Mk.
4 × **500000** Mk.
4 × **300000** Mk.
½ 50 Mk. ¼ 40 Mk. ⅛ 20 Mk. ⅒ 10 Mk.
Volllos für alle 5 Klassen ½ 400, ½ 200, ¼ 100, ⅒ 50 Mk.
Eulenberg Staatlicher Lotterie-Einnehmer
Elberfeld, Altermarkt 11. Postscheck Essen 19982.

Auf Teilzahlung!
Erstkl. Herren-Maß-Garderobe
in neuester Mode, sowie Schlüpfer aller Art, Herren-, Damen-, Kinder-, Leib- u. Bettwäsche, Bettbarchent, Gardinen, Stores usw. gegen günstige An- und Abzahlung zu billigen Preisen. Reelle Bedienung auch für Auswärtige.
Teilzahlungs-Geschäft
Adler & Berger, Barmen-R.,
Wichlinghauserstr. 15.

Weihnachts- und Neujahrskarten
in großer Auswahl
Buchhandl. Freie Presse, Elberf.
Robertstr. 8. — Barm., Ref. Kirchstr. 13/15.

Gummi-
Spielsachen, Hauben, Mäntel, Schuhe
sind passende Weihnachts-Geschenke und empfiehlt in reichhaltiger Auswahl
Albert Rose Barmen
Schuchardstraße 13.

Stellenangebote.

Schmale Schachtenarbeit (Kunstseide) und Arbeit für Häkelmaschinen auszugeben.
H. A. Schmitz,
Barmen, Allee 217/19.

1 tüchtiger Dreher u. 1 Bohrer gesucht.
Es wollen sich nur tüchtige Arbeiter nicht unter 30 Jahren melden bei
Spezial-Maschinenfabrik „Futura"
Elberfeld, Carnapstr. 7.

Erfahrene Wäschebandwirker(in)
für Dauerstellung gesucht.
von Nievenheim & Comp.,
B.-Barmen, Untere Ronsdorferstr. 67.

15 auf 20 M, Auswärtige von 30 auf 40 M; für Säuglinge: Einheimische von 6 auf 15 M, Auswärtige von 10 auf 25 M; für Geisteskranke: Einheimische von 27 auf 35 M, Auswärtige von 45 auf 55 M; für Krätzebehandlung pro Tag: Einheimische von 33 auf 43 M, Auswärtige von 43 auf 55 M. Die Vorlage wurde ohne Widerspruch angenommen. —

Zur Erhöhung der Wasserpreise

hatte die Verwaltung den Stadtverordneten eine Denkschrift zugehen lassen, auf die wir noch zurückkommen. Die bestehenden Wasserpreise sollten nach der Vorlage der Verwaltung von 80 ₰ auf 1,50 M erhöht werden. In der Finanzkommission ist dagegen beschlossen worden, die Sätze von 80 M auf 1,20 M zu erhöhen. Weiterhin beantragte die Verwaltung, die Wasserpreise automatisch den Steigerungen der Kohlenpreise anzupassen. Nach längerer Aussprache beschloß das Kollegium einstimmig eine Erhöhung der Wasserpreise von 80 ₰ auf 1,20 M bei Ablehnung der automatischen Steigerung der Wasserpreise entsprechend den Kohlenpreisen. Die Preisdifferenz soll von den Verbrauchern (Mietern) unmittelbar eingezogen werden. Der Mieterbund hat dazu seine Zustimmung gegeben. Wir berichten darüber in der nächsten Nummer. — Das Kollegium genehmigte dann die

Erweiterung des Gemeinschaftswerks Hattingen, der Kabelanlage Barmen-Hattingen und der Barmer elektrischen Anlagen.

Die Gesamtkosten für die Erweiterung der Zentrale in Hattingen betragen 125 000 000 M, für die Wohngebäude 5 000 000 M, für die Kabelanlage Barmen-Hattingen 16 000 000 M, insgesamt also 146 Millionen Mark; davon übernimmt Barmen die Hälfte mit 73 000 000 M, hinzu kommen die Anlagekosten in Barmen mit 17 000 000 M, Summa 90 Millionen Mark; Deckung wird vorgeschlagen aus den verfügbaren Rücklagestocks einschl. Mehrüberschuß d. J. insgesamt 36 Millionen Mark, so daß noch aufzubringen sind 50 Millionen Mark. Hiervon sollen aus den Sonderrücklagen der beiden nächsten Rechnungsjahre 20 Millionen Mark gedeckt und die dann noch verbleibenden 30 Millionen Mark durch Kapitalbeitrag der Barmer Industrie aufgebracht werden, die im Laufe der nächsten 10 Jahre durch Rabattbewilligung zurückgezahlt werden. — Auch auf die den Beratungen zugrunde liegende, ziemlich umfangreiche Denkschrift werden wir noch zurückkommen. Die Vorlage wurde von dem Beig. zur Nieden eingehend begründet. — Herr Schwartner (Dem.) führte in der kurzen Aussprache aus

diese Vorlage sei die größte, die je das Stadtparlament beschäftigt habe.

Die Berechnungen seien in finanzieller und technischer Beziehung sehr zuverlässig. Er habe die feste Ueberzeugung, daß die Stadtverordnetenversammlung nach jeder Richtung hin gut daran tue, der Vorlage zuzustimmen. Nach Herrn Schwartner folgte dann der „Rechenkünstler" Dr. Vorsteher, der seine Kritik an der Vorlage damit einleitete, daß er zunächst auf die Freie Presse anhalte, die ihm bekanntlich letzthin attestierte, daß sein (nämlich Herrn Dr Vorstehers) Gymnasium „mit Stroh bedeckt" war. Dessen ungeachtet wolle er Kritik üben. Und wir? — Wir tun Buße in Sack und Asche. Herr Vorsteher hat nämlich gestern den Beweis erbracht, daß sein Gymnasium gewiß und wahrhaftig nicht mit Stroh bedeckt war. Aber — seit er die Schulbank drückte, sind viele, viele Jahre verflossen. Und in dieser langen Zeit hat Dr. Vorsteher sehr viel vergessen. Gestern mußte ihm der in solchen Dingen viel zuverlässigere Herr Schwartner im Rechnen eine glatte 6 erteilen. Woraus sich ergibt, daß wir mit unserer Feststellung doch nicht so ganz im Unrecht waren. — Auf eine Anfrage erwiderte Beig. zur Nieden, daß man nach Weihnachten eine Verminderung des Strombedarfs erwarte und damit jedenfalls die in letzter Zeit häufig wiederkehrenden Stromstörungen überwunden seien. Die Riesenvorlage wurde daraufhin einstimmig angenommen. — Ein Antrag der Verwaltung auf Aufhebung der freiwillig übernommenen Zahlung der Arbeitnehmer-Versicherungsbeiträge für Beamte, Dauerangestellte und Hilfsangestellte begegnete dem energischen Widerstand der Mehrheit der Versammlung. Die Verwaltung gedachte mit dieser Vorlage etwa ½ Million pro Jahr zu „sparen". — Die

Verlängerung des Tarifvertrages mit den Bureauhilfsangestellten

erfolgte ohne Debatte. Die Verwaltung hatte den Tarifvertrag zum 1. Januar 1922 gekündigt, um die Frage wegen Ablösung der durch die Stadt freiwillig übernommenen Verpflichtung zur Zahlung der Arbeitnehmerbeiträge zu klären. Diese Frage ist durch den vorhergehenden Punkt zur Erledigung gekommen. Im übrigen liegen nur einige kleine redaktionelle Aenderungen vor — Es folgt dann die Genehmigung der **Anwendung des neuen Reichs- und Staatsgesetzes über die Dienst- und Versorgungsbezüge** der Reichs- und Staatsbeamten auf die städtischen Beamten, Dauerangestellten und Lehrer der höheren, Fach- und Fortbildungsschulen. Die Verwaltung beantragte, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß 1. die mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1921 ab getroffene Neuregelung der Dienstbezüge für die Reichs- und Staatsbeamten mit dem gleichen Tage auf die Beamten, Dauerangestellten und Anwärter, auf die Lehrerpersonen an den höheren, Fach- und Fortbildungsschulen sowie auf die Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen der Stadt Barmen übertragen wird. Unter Beachtung der entsprechenden Bestimmungen von Reich und Staat sind die Dienstbezüge der städtischen Beamten neu umzurechnen. Alle noch etwa eintretenden Aenderungen und Ergänzungen zu den Beamtendiensteinkommengesetzen und ihren Ausführungsbestimmungen des Staates, auch wenn sie die bestehenden Bezüge verringern, finden wie bisher auf die obigen Personen bis auf weiteres sinngemäße Anwendung und zwar vom gleichen Zeitpunkte ab, mit dem sie für die Reichs- und Staatsbeamten in Kraft treten; 2. zur Erreichung eines Mindesteinkommens von 24 000 M jährlich in Ortsklasse A und Annäherung des Einkommens der Beamten und Dauerangestellten usw. an das Einkommen der Arbeiter, an verheiratete Beamte, Dauerangestellte und Hilfsangestellte die Unterschiedsbeträge als jederzeit widerrufliche, nicht ruhegehaltsfähige, besondere Notzuschläge gewährt werden. — Auch die

Erhöhung des Ruhegeldes und der Hinterbliebenenbezüge der städtischen Arbeiter

wurde von der Versammlung gutgeheißen. Nachdem am 1. November 1921 eine Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter um etwa 30 Proz. eingetreten ist, schlug die Verwaltung vor, auch die Ruhegelder und die Hinterbliebenenbezüge entsprechend zu erhöhen. Am 8. Dezember 1921 haben darüber in Gemeinschaft mit Elberfeld Verhandlungen mit den zuständigen Gewerkschaften stattgefunden und ist vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen städtischen Instanzen eine Einigung erfolgt. Und zwar bedeutet die Neuregelung eine Erhöhung des Ruhegeldes und der Hinterbliebenenbezüge um durchschnittlich 38 Proz., wodurch zurzeit jährlich 75 000 M Mehrkosten entstehen. Die Ver... beantragte, diese vereinbarte Aenderung der Ruhegeldordnung zu genehmigen und bittet in Uebereinstimmung mit den zuständigen Gewerkschaften, ferner zuzustimmen, daß in solchen Fällen, in denen das Ruhegeld und die Hinterbliebenenbezüge hinter den Sätzen des Wohlfahrtsamtes zurückbleiben, auf besonderen Antrag und in besonderen Notfällen ein Zuschuß bis zur Höhe der Sätze des Wohlfahrtsamtes gezahlt werde. — Gegen eine Erhöhung der Bezüge für die Beisitzer des Mieteinigungsamtes auf 40 M je Sitzung bezw. Besichtigung lief Herr Dr. Vorsteher Sturm. Er redet von „Unfug", „bei jeder Kleinigkeit Besichtigungen", die nur „Spaziergänge" seien, „hübsches Nebenverdienst" usw. Natürlich müsse das ganze Mieteinigungsamt beseitigt werden. Das Kollegium nahm diese Ausführungen mit der gleichen Miene entgegen, wie man im Zirkus die Darbietungen gewisse Darsteller entgegen zu nehmen pflegt. Der Satz von 40 M wurde bewilligt. — Die Versammlung genehmigte dann die Bewilligung von

170 000 M zur Gewährung einer einmaligen Weihnachtsgabe

an die Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung und zur Unterstützung der Haltekinder. Den Empfängern von Unterstützung sollen 80 M, für Kinder über 14 Jahre 45 M, unter 14 Jahren 40 M und für Frauen, die Haltekinder pflegen, 50 M gezahlt werden. Dem Antrag wurde entsprochen. — Ferner bewilligte die Versammlung einen Beitrag von

50 000 M zur Unterstützung der Invalidenrentner durch das Wohlfahrtsamt.

Die von der Ortsgruppe Barmen des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands veranstaltete Sammlung hat bisher nur einen Ertrag von etwa 25 000 M erbracht. Bei der großen Zahl der Rentner und Witwen (der Ortsgruppe gehören 1100 an eine noch größere Zahl ist dem Verband nicht angeschlossen) würde auf die einzelnen Bedürftigen nur ein ganz geringer Betrag entfallen. — Anschließend daran machte Beig. Dr. Reinhaus

Mitteilung über einige Stiftungen.

Danach hat ein Barmer 250 000 Tafeln Schokolade für Notleidende gespendet. Die Spende soll an Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung verteilt werden. — Weiter haben in Amerika lebende Barmer durch Sammlungen 1 Millionen Mark aufgebracht, die zur Beschaffung von Wäsche und Kleidern für Kinder in Not geratener Familien Verwendung finden soll. (Bravo!) Der Betrag steht zur Verfügung der Quäkerkommission in Berlin. Schwierigkeiten entstehen nur in der Beschaffung der Waren. Infolge der allgemeinen Warenknappheit ist es bis jetzt nur möglich gewesen, für etwa 300 000 M Kleider und Wäsche zu beschaffen, die noch vor Weihnachten verteilt werden sollen. — Dieses hochherzige Liebeswerk sticht sicherlich vorteilhaft ab gegenüber der häßlichen und unsozialen Art, in der ein Dr. Vorsteher gegen die Unterstützungsaktion des Wohlfahrtsamtes anrennt. Gestern mußte dieser „Freund" der Aermsten der Armen von sozialer und menschlicher denkenden Bürgerlichen ganz gehörig moralisch gezüchtigt werden. Das Kollegium nahm die Spende mit Dank an. — Eine längere Aussprache entfesselte die

Erhöhung der Hundesteuer.

Die Zahl der Hunde ist mittlerweile in Barmen auf 6000 gestiegen. (1910 waren „nur" 2011 Hunde in Barmen.)

Auf 27 Einwohner in Barmen entfällt also jedesmal ein Hund.

Die Verwaltung schlug folgende Sätze vor: a) innerhalb des städtischen Wacht- oder Beleuchtungsbezirks die Steuer für den ersten Hund auf 300 M, für den zweiten auf 400 M und für jeden weiteren Hund auf 600 M zu erhöhen; b) außerhalb des städtischen Wacht- oder Beleuchtungsbezirks für den ersten Hund 150 M, für den zweiten Hund 200 M und für jeden weiteren Hund 600 M zu erheben; c) die Zwingersteuer auf 500 M zu erhöhen. Die Verwaltung erhoffte dadurch eine Einnahme an Hundesteuern von 1 250 000 M. Die Erhöhung war hauptsächlich aus hygienischen und ähnlichen Gründen beantragt worden. Die Versammlung stimmte jedoch nach längerer Beratung, bei der es auch an belustigenden Momenten nicht fehlte, einem Antrage unseres Genossen Göbel zu, die Steuersätze wie folgt zu bemessen: für den ersten Hund 200 M, für den zweiten 500 M, für den dritten 1000 M, auswärts für den ersten Hund 100 M, für den zweiten 300 M, für den dritten und jeden weiteren Hund 1000 M, außerdem eine Zwingersteuer von 1000 M. — Die weiteren Steuervorlagen wurden nach 7 Uhr abends in Abwesenheit der Presse beraten.

*

Nach 7 Uhr wurde die

Erhöhung der Betriebssteuer

ohne wesentliche Debatte verabschiedet. Danach wird gemäß § 58 des Kommunalabgabengesetzes die Betriebssteuer mit den zulässigen gemeindlichen Zuschlägen belastet, und zwar in der Regel mit den kleinen gleichen Hundertsätzen wie die Gewerbesteuer. Der Ertrag der Betriebssteuer betrug bisher 10 000 M, nach der neuen Regelung aber 62 000 M. — Zum Schluß stimmte das Kollegium der

Erhöhung der Schankerlaubnissteuer

zu. Es handelt sich um eine Verdoppelung der bisherigen Sätze und beträgt danach künftig die Schankerlaubnissteuer in gewerbesteuerfreien Betrieben 2400 M, in Gewerbesteuerklasse IV 4800 M, III 9600 M, II 14 400 M, I 20 000 M, wenn es sich lediglich um die Erlangung der Erlaubnis zum Ausschank von Wein oder besseren Likören in Konditoreien oder Cafés handelt, bei Betrieben von Klasse III oder höher 4000 M, im anderen Falle 2000 M.

Aenderung der Einkommensteuer.

SPD. Berlin, 17. Dez. (Drahtbericht.) Der Reichstagsausschuß für Steuerfragen beendete am Freitag die Beratungen der Vorlage über Abänderung des Einkommensteuergesetzes. Der Genosse Bernstein wies nochmals mit Nachdruck darauf hin, daß eine Schonung der großen Einkommen heute weniger als je in Betracht kommen könne. Schonungsbedürftig seien lediglich die Lohn- und Gehaltsempfänger, denen man durch Erhöhung des steuerfreien Einkommens entgegenkommen müsse.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Keil mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Abgelehnt wurde gleichfalls ein Antrag Hoehner, der dem Antrag Keil am nächsten kommt. Schließlich wird ein gemeinschaftlicher Antrag der bürgerlichen Parteien mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten angenommen. Der Antrag sieht eine Staffelung wie folgt vor: Für die ersten angefangenen oder vollen 50 000 M steuerbaren Einkommens 10 v. H., für die weiteren 10 000 M 15 v. H., für die weiteren 20 000 M 20 v. H., für die weiteren 20 000 M 25 v. H., für die weiteren 100 000 M 30 v. H., für die weiteren 200 000 M 40 v. H., für die weiteren 500 000 M 45 v. H., für die weiteren 500 000 M 50 v. H., für die weiteren 500 000 M 55 v. H., für die weiteren Beträge 60 v. H. § 26 erhält unter Abänderung der Zahlen des Antrags Marx-Emminger die Fassung, daß sich die Einkommensteuer bei einem versteuerbaren Einkommen von nicht mehr als 50 000 M um 240 M ermäßigt für den Steuerpflichtigen und um 240 M für die nicht selbständig zu veranlagende Ehefrau und um je 360 M für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 200 000 M beträgt. Ein Antrag D. Herz und Genossen schlägt für den § 46 vor, als abzugsberechtigt bei abzugspflichtigen Lohn- und Gehaltsempfängern folgende Sätze zu wählen: Als zulässige Abzüge gelten im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Kalendermonate 45 M monatlich, für volle Kalenderwochen 10,80 M wöchentlich, für Arbeitstage 1,80 M täglich, für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden 45 ₰. Diese Anträge Becker (D. Vpt.), Lange-Hegermann (Ztr.). in Verbindung mit dem Antrag Dr. Herz und Genossen und unter Beibehaltung der sonstigen Grundlagen des Antrags Marx-Emminger wurde nunmehr vom Ausschuß angenommen.

Falls der Reichstag die beschlossene Novelle noch vor Weihnachten verabschiedet, was anzunehmen ist, treten diese neuen Bestimmungen am 1. Januar 1922 in Kraft.

*

SPD. Leipzig, 17. Dez. (Drahtber.) Der A. D. G. B. faßte am Freitag zur Steuerfrage folgende Resolution:

„Zur Entlastung der Finanzämter und damit zur Beschleunigung der Steuerveranlagung bei höheren Einkommen ist bei sofortiger Aenderung des Einkommensteuergesetzes die Grenze für den 10prozentigen Lohnabzug auf 60 000 M heraufzusetzen. Ferner sind die der Steuerfreiheit unterliegenden Lohn- und Gehaltsbeträge entsprechend zu erhöhen."

Inzwischen hat der Steuerausschuß des Reichstages die Grenze für den 10prozentigen Lohnabzug auf 50000 Mark festgesetzt, so daß die von dem A. D. G. B. geforderte Erhöhung auf 60 000 M der Verwirklichung im Plenum des Reichstages vorbehalten bleibt.

Lennep-Remscheid-Mettmann.

Velbert, 17. Dezember.

Sozialdemokratische Partei.

(Ortsverein Velbert).

w. Auf den lebhaften Wunsch der Gemeindevertreterkonferenz, die am vergangenen Sonntag in Tönisheide tagte, hat sich Genosse Otting bereit erklärt, in allen Ortsvereinen des Kreises Mettmann einen Vortrag über Wohnungsfürsorge zu halten. — Ferner wurde auf der Konferenz die Anregung gegeben, in der nächsten Konferenz des Unterbezirks die Wohnungsfrage zu behandeln. — Im hiesigen Ortsverein referierte Genosse Otting am letzten Mittwoch über diese Frage. Der Redner führte aus, daß unter der Wohnungsnot mehr oder weniger alle Städte zu leiden hätten. Vor dem Kriege seien

in Velbert durchschnittlich 200 Wohnungen

jährlich errichtet worden. Bei Beginn des Krieges habe die Wohnungsbautätigkeit aufgehört. Zunächst habe es an Arbeitskräften gemangelt, dann aber seien alle Baumaterialien und die vorhandenen Arbeitskräfte in den Dienst der Kriegswirtschaft gestellt worden. Dazu komme aber noch der Umstand, daß viele Wohnungen während der Kriegszeit ihrer ursprünglichen Bestimmung entzogen und zu gewerblichen Räumen umgewandelt worden seien. Zahllose Kriegsgewinner hätten ihre Wohnungen maßlos vergrößert. Bereits am 5. Dezember 1914 habe deswegen die damalige Regierung sich genötigt gesehen, ein besonderes Gesetz zum Schutze der Mieter zu erlassen, um besonders die Familien der Kriegsteilnehmer zu schützen. Die Berichte der Wohnungsämter seien geradezu erschüttert. In Velbert seien

über 600 Familien ohne Wohnung.

Die Zahl würde 1000 überschreiten. Ein Teil — über 250 — sei gestrichen. Auch das Wohnungsmangelgesetz sei nicht weitgehend genug und lasse zu viel Spielraum, denn dadurch werde es ermöglicht, daß vier Personen zehn Räume bewohnen können, ohne daß ein Wohnungsamt etwas dagegen unternehmen kann. Vor einiger Zeit habe nun eine Konferenz für das bergische Land stattgefunden, um die Aufhebung des § 10 zu erwirken. Leider sei durch den Einspruch von zwei Bürgermeistern des Kreises Mettmann die Genehmigung versagt worden. Der Redner schilderte eine Anzahl von Fällen, in denen dem Wohnungsamt zu Unrecht Vorwürfe gemacht worden seien. Das sei auch gerichtlich festgestellt. 100 bis 150 Wohnungen seien fast gar nicht mehr bewohnbar. Die Wohnungsverhältnisse spotteten hier jeder Beschreibung. So bewohnten in einem Falle

5 Familien mit 6 Kindern 6 Zimmer,

in einem anderen Falle 3 Familien 3 Räume. Solche Fälle ließen sich noch Dutzende anführen. Daß erwachsene Kinder beiderlei Geschlechts in einem Zimmer schlafen, sei die Regel. Damit würden schwere sittliche Gefahren heraufbeschworen. — Zur Behebung der Wohnungsnot habe die Stadt Velbert bereits 20 Millionen Mark für Wohnungsbauten bewilligt. Aber noch sei die Not groß. Die Industrie müsse scharf herangeholt werden. Im Ruhrgebiet — so auch in Werden-Land — seien die Gemeinden besser daran. Dort würden Siedelungen errichtet, zu deren Kosten die Einkünfte der Kohlensteuer verwendet würden. Die Bautätigkeit der Fabrikanten sei außerordentlich minimal. Alles verfügbare Geld dürfe nur für Wohnungsbauten benutzt werden, um der furchtbaren Not Einhalt zu gebieten. (Beifall.) — An der sehr interessanten Aussprache beteiligten sich die Genossen Schlosser, Gesenberg, Mack, Kuhlmann und Melcher. Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten wurden als Delegierte zur Unterbezirkskonferenz in Elberfeld die Genossen Pattenfeld, Gester und Genossin Fritz gewählt. — Genosse Kuhlmann wies dann noch auf die Weihnachtsfeier der Schülerabteilung der Freien Turnerschaft am 18. Dezember und der Arbeiterjugend und der Kinderschutzkommission am 26. Dez. (2. Weihnachten) hin und ersuchte, beide Veranstaltungen zu unterstützen.

d. Schulbrausebad. Die Firma Wesser u. Ko. hat in entgegenkommender Weise die Brausebäder ihres Betriebes zur Mitbenutzung der städtischen Volksschulen bereitgestellt. Diese Brausebäder werden von einzelnen Schulen der Oberstadt von jetzt ab Freitags jeder Woche benutzt werden. Die Stadt hat lediglich den Badewärter zu stellen.

CASPERS-TABAK
anerkannt vorzügliche Qualitäten
Spez.: CAHI-SCHÆG-TABAK
Vornehmste Marken in Luxus-Blechdosen und Pergamyn-Packung. — 7 verschiedene Sorten Feinschnitt, Krüllschnitt, Mittel- und Grobschnitt in diversen Preislagen.
Agentur und Auslieferungslager:
Peter Döring, Barmen, Adlerstr. 16,
Fernsprecher 5840. Lieferung franko Haus zu Original-Fabrikpreisen. Fernsprecher 5840.

Parteí-Literatur in großer Auswahl empfiehlt Buchhandl. Freie Presse.

Woll- und Seidenstoffe, Voiles,
Waschstoffe, Baumwollwaren
bekannt gute Qualitäten
zu vorteilhaften Preisen.
Wohlgemuth, Elberfeld,
Erholungstraße 7, Ecke Kaiserstraße.

Preiswerte Festgeschenke!

sind in meinen 6 Schaufenstern in reichhaltiger Auswahl ausgestellt, deren Besichtigung ich vor Ihrem Einkauf empfehle. Die letzten Neuheiten der Wintermode sind eingetroffen, handgearbeitete Blusenkragen, handbemalte Seidenstoffe, Blusen- und Kleiderseiden, Handschuhe und Handtaschen, einfach und elegant, Ballschals, Damenwäsche, Unterkleidung, Strümpfe in Seide uud Wolle! Feine Herrenmodeartikel, Oberhemden, Wäsche, Krawatten. — Spezialabteilung für Handarbeiten

Modehaus E. Meyer, Barmen, Wertherstr. 36-38, Karlsplatz 1.

la Ilfer Korn Ltr. 40
la Klaren „ 38
la Köhlers Silberperle „ 54
la Kognak-Weinbr.-Verschn. „ 56
auch in ca. 3/4-Ltr.-Fl. vorrätig, die Fl. 46
inkl. Glas, alles nur beste Qualitäten, empfiehlt

E. Bergmann,
„Brillet Hof",
Hohenzollernstr. 1. Tel. 4712.
Literflaschen mitbringen.

Tel. 4840 **Restaurant**
Central-Kegelbahn
Carl Funke
Elberf., Wilhelmstr. 24.
Neu! Renoviert! **Neu!**
Tägl. musik. Unterhalt.
Kegelbahn u. **kl. Saal** noch einige Abende frei.
Auch f. Versammlungen.

DISCONTO-GESELLSCHAFT
FILIALE ELBERFELD
ALTENMARKT 21 — ALTENMARKT 21

BANKMÄSSIGE GESCHÄFTE ALLER ART
STAHLKAMMER

DG

STAMMSITZ BERLIN
ZAHLREICHE NIEDERLASSUNGEN IN DEUTSCHLAND UND BANKVERBINDUNGEN IN ALLEN TEILEN DER WELT

KAPITAL UND RESERVEN **650.000.000 M**

Alt-Elberfeld
Grabenstr. 8
Wicküler · Vollbier
Fürstenberg-Bräu
Weine Liköre
Philipp Michel.

Restauration
W. Steinbrink, i. V.:
Ernst Drexler
Barm., Höhnestr. 19
hält sich Freunden und Gönnern bei freundl. u. aufmerks. Bedienung bestens empfohlen.

„Helenenhöhe"
Elberfeld,
Vogelsauerstraße.
Sonntag:
Oeffentl. Ball.
Ia Ballmusik.

Werbt neue Abonnenten für die „Freie Presse".

Schankwirtschaft
August Laumer,
Elberf., Berlinerstr. 108
hält sich bestens empfohl.
Gesellschaftszimmer

Zöpfe, Unterlagen, Ond. Teile
Jos. Schmitz,
Perrückenmacher,
Elberfeld,
Königstrasse 47.

Restauration
Emil Lang
Barmen, Oberdörnerstr. 105, hält sich Freunden und Gönnern bei freundl. u. aufmerksamer Bedienung bestens empfohlen.

Restauration
A. Ronkel,
Elberfeld, Blumenstr. 8
hält sich best. empfohlen. Gut gepflegte Biere und prima Branntweine.
Gesellschaftszimmer.

Festdichtungen
Lieder, Vorträge, Reden, Einstud. v. Tänzen und Reigen.
Frau Ankersen, Elb., Steinstr. 22, 2. Et.

Wie neu
werden
Spazierstöcke
aufgearbeitet u. poliert.
Schirmfabrik Genck Nchf.
Elberfeld, Neumarkt.

Mod. rundgeb. Küchen noch zu billig. Preisen
von Mk. 1600, 2200, 2400, 2700, 2900, ich. geschmackvolle Modelle, prima Ware. Möbellager **R. Höfer,** E., Kaiserstr. 20.

U.T BARMEN
und folgende Tage:

VERLOGENE MORAL!

Das grosse Filmwerk n. d. Novelle **„Der Brandherd"** von Carl Mayer.
In den Hauptrollen:
Marija Leiko. Adele Sandrock.
Ferner: Der interessanteste Film der Gegenwart, welcher überall grösstes Aufsehen erregte.

Ein Drama aus der Grossstadt in 6 Akten. Die glänz. Episode über

Die Dienstboten von heute!

In den Hauptrollen: **Reinhold Schünzel, Liane Haid, Erika Glässner.**
Im humoristischen Teil:

Der keusche Josef

Ein toller Lustspielschlager in 3 Akten.

!! Freikarten ungültig !!

Anfangszeiten:

3:30	5:50	8:10

! Theater angenehm geheizt !

Zur Brotpreiserhöhung!

Von Samstag, den 17. Dezember, an darf

Schwarzbrot	50 Pfg.	mehr kosten
Kriegs- und Graubrot	40 „	„ „
Weißbrot	30 „	„ „

Von dieser Erhöhung gehen ca. 10 Pfg. für den Hersteller verloren durch Erhöhung des Mehlpreises seitens der Stadtverwaltung. Seit der letzten Brotpreisfestsetzung am 14. 8. 21 sind die Kohlen-, Strom-, Gas- und Wasserpreise, ebenso die Gehälter und Löhne so gestiegen, daß die geringe Preiserhöhung diese Unkosten nicht deckt.

Durch die in den letzten Monaten entstandene Teuerung sind alle anderen Löhne und Gehälter wesentlich gestiegen. Sollen wir Brotbersteller, die wir meist eine große Familie haben, weniger verdienen wie jeder andere?

Falls die Regierung bezw. die Stadtverwaltung nicht bereit ist, den Brotpreis entsprechend den enormen Herstellungskosten weiter zu erhöhen, sehen sich unterzeichnete Verbände genötigt, zur Selbsthilfe zu schreiten.

Bäckerzwangsinnung.
Brotfabrikantenverband.

Das schönste Weihnachtsgeschenk
für einen Knaben ist der
Matador-Baukasten.
Zu haben in der Buchhdl. Freie Presse.

BARMER BANK-VEREIN
Hinsberg, Fischer & Comp.
Kapital und Reserven: **Mk. 510 000 000.—**
Hauptstelle in Barmen.

Niederlassungen in Aachen, Ahlen i. W., Altena i. W., Andernach, Aurich, Barmen-Rittershausen, Bentheim, Betzdorf, Bielefeld, Bocholt, Bochum, Bonn, Brühl, Bünde i. W., Burgsteinfurt, Castrop, Cleve, Coblenz, Cöln, Cöln-Mülheim, Coesfeld, Crefeld, Dortmund, Dülmen, Düsseldorf, Duisburg, Duisburg-Meiderich, Emden, Emsdetten, Essen, Gelsenkirchen, Gevelsberg, M.-Gladbach, Goch, Greven i. W., Gronau i. W., Gütersloh, Gummersbach, Haan, Hagen i. W., Halver i. W., Hamm i. W., Haspe i. W., Heiligenhaus, Herford, Herscheid, Herzogenrath, Hilden, Hörde, Hohenlimburg, Hückeswagen, Iserlohn, Königswinter, Kohlscheid, Langenberg, Leer, Lennep, Lüdenscheid, Lüneburg, Mainz, Meinerzhagen, Menden i. W., Mettmann, Milspe-Voerde, Münster i. W., Neviges, Norden, Norderney, Ohligs, Opladen, Osnabrück, Papenburg, Plettenberg, Remscheid, Rheine i. W., Rheydt, Siegburg, Siegen, Soest, Solingen, Schalksmühle, Schwelm, Schwerte, Steele, Stolberg Rhld., Uerdingen, Unna, Vallendar, Velbert, Viersen, Wald Rhld., Warendorf, Werdohl, Wermelskirchen, Wipperfürth, Wülfrath und Würselen.

Agenturen: Borkum, Bunde, Dornum, Esens, Grossefehn, Hage, Haren-Ems, Haselünne, Heisfelde, Jemgum, Juist, Lathen-Ems, Marienhafe, Meppen, Papenburg-Obenende, Pewsum, Sögel, Weener, Westrhauderfehn, Wittmund.

Kommanditen: von der Heydt-Kersten & Söhne, Elberfeld, U.-Barmen, Cronenberg und Vohwinkel. — S. & H. Goldschmidt, Frankfurt a. M.

Agenten:
von der Heydt-Kersten's Bank. Amsterdam, Keizersgracht 520–522.

Vereinigte Stadttheater

Barmen. Samstag, 17. Dezember: **Elberfeld.**
6½–8½: **Ein deutsches Weihnachtsspiel.** Mittl. Preise.
5–7¾: Fremden-Vorst. **Der fliegende Holländer.** Große Preise.

Sonntag, 18. Dezember:
3½–5: **Ein deutsches Weihnachtsspiel.** Gewöhnliche Preise. 7–10: **Undine.** Große Preise.
3½–6¼: **Peterchens Mondfahrt.** Gew. Pr.
7½–9¾: **„Ab dafür!"** (1919.) Mittlere Preise.

Thalia-Theater, Elberfeld.

Samstag, den 17., nachmittags 3½ Uhr: Geschl. Kinder-Vorstellung. **„Der Froschkönig"** oder **„Der eiserne Heinrich".**
Abends 7½ Uhr: **„Der liebe Augustin".**
Sonntag, den 18., nachmittags 3½ Uhr, zu ermäßigten Preisen: **Kinder-Vorstellung. „Der Froschkönig"** od. **„Der eiserne Heinrich".**

Bavaria-Varieté, Elberfeld.

Sonntag, den 18. Dezember 1921
2 Vorstellungen 2
nachmittags 3½ Uhr (das vollständige Abendprogramm bei kleinen Preisen) und abends 8 Uhr:
Das große Weihnachts-Varieté-Programm.
9 erstklassige Attraktionen 9

Im Salamander.

Pst Die tolle Schwankoperette mit größtem Lacherfolg. Heute 7¾ Uhr. **Sonntag 3½ bei kleinen Preisen,** 7½ Uhr gewöhnliche Preise. **Pst**

Thalia-Theater, Elberfeld.

Telephon 1188. **Islandufer.** Telephon 1188.
Nur Montag, den 19. Dez. 1921, abends 8 Uhr:
I. Intern. Länder-Ringkampf-Tag
Juchem-Jorissen (Holland 100 Kilo) gegen **Smitt-Brown** (Amerika 110 Kilo)
Maxime Bambula (Neger-Weltringer 130 Kilo) gegen **Jean Balkmann** (Belgien 125 Kilo)
Diese beiden Kämpfe gehen um je eine Prämie von **3000 Mk.** — Hierauf:
= Der langerwartete Sensations-Kampf =
Emil Bau (Europameister, Elberfeld) gegen **Karl Kornatz** (Weltmeister, Elberfeld)
um die Siegesprämie von **4000 Mk.** Außerdem sind von hiesigen Sportsleuten **2000 Mk.** für den Sieger gestiftet.
Die Ringkämpfe finden im griech.-röm. Stil statt.
Alle Kämpfe bis zur absoluten Entscheidung.
Kampfleiter: Herr W. Eigemann.
Einlaß 7½ Uhr. Anfang der Kämpfe 8¼ Uhr.
Vorverkauf an der Theaterkasse.

Operettentheater Groß-Barmen

Samstag, den 17. Sonntag, den 18. Dezbr.:
Im weissen Rössl
Lustspiel in 3 Akten.
Sonntagnachmittag 3½ Uhr:
Weihnachtsmärchen

Luftkurhaus am Toelleturm, Barmen
Jeden Sonntagnachmittag:
KONZERT.

Zoo Elberfeld.
Sonntag, den 18. Dezbr., von 4–8 Uhr:
Großes Konzert.
Jeden Mittwoch:
Konzert im Palmensaal